

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis per Nummer 2 Pf. Vierteljährlich 3.30 RM. monatlich 1.10 RM. wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 RM. pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.50 RM., für das übrige Ausland 4 RM. pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteit 1894.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsgezeigte Kolonelle ober deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt 20 Pf. (zulässig 2-fachgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 11. Juli 1913.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Reichstagswähler von Zand-Belzig

Heute, Freitag, den 11. Juli,

findet im Zand-Belziger Reichstagswahlkreis die **Stichwahl** statt. Alle in Berlin befindlichen Wähler des Kreises haben die Pflicht, ihr Wahlrecht auszuüben und unserem Kandidaten

Ferdinand Gwald

ihre Stimme zu geben. Nur so kann es gelingen, den konservativen Arbeiterfeind v. Derken unschädlich zu machen.

Wer in der Wählerliste steht, ist wahlberechtigt!

Besonders den

früheren Inassen der Heilstätte Beelitz

teilen wir hierdurch mit, daß die Behörde den sozialdemokratischen Protest als berechtigt anerkannt hat!

Den Genossen Bels und Heinemann ist auf dem Regierungspräsidium zu Potsdam die amtliche Mitteilung gemacht worden, daß der Minister des Innern die Landräte angewiesen habe, alle in der Wählerliste verzeichneten Personen zur Wahl zuzulassen.

Damit sind

auch die bei der Hauptwahl zurückgewiesenen früheren Patienten

als wahlberechtigt anerkannt! Wir fordern daher unsere Parteigenossen auf, Mann für Mann am heutigen Tage dem Genossen Gwald ihre Stimme zu geben!

Nähere Informationen und Auskünfte erteilt das Brandenburgische Provinzialsekretariat, Berlin, Lindenstr. 69, 4 Treppen.

Wähler, tut Eure Pflicht!

Es kommt auf jede Stimme an!

Mißhandlung der Rechte der Arbeiterklasse.

Die Arbeiterklasse befindet sich in wirtschaftlicher Notmüdigkeit gegenüber der Unternehmerklasse. Die Ausbeutung der Arbeitskraft von Millionen Besitzloser durch die Eigentümer der Produktionsmittel ist der kapitalistischen Produktionsweise eigen. Die Besitzlosigkeit zwingt die ungeheure Mehrzahl der Bevölkerung, um leben zu können, einen Arbeitsvertrag mit den Inhabern von Produktionsmitteln zu schließen. Mehr als zwei Drittel aller Erwerbstätigen in Deutschland sind Arbeiter. Von den 24 617 187 Personen, die die letzte Berufs- und Gewerbebezahlung vom Juni 1907 als Erwerbstätige anzählt, spricht sie 17 836 121 Personen als Arbeiter, 1 290 728 als Angestellte und 5 490 288 als Selbständige an. Und dabei sind unter den „Selbständigen“ viele aufgezählt, die in wirtschaftlicher Abhängigkeit auch durch Arbeitsverträge zu Dritten stehen, wie Hausgewerbetreibende und kleine Handwerksmeister.

Die Ergebnisse der Berufs- und Gewerbebezahlung vom Juni 1907 bestätigen das Wort, das Professor Lotmar in seinem trefflichen Werk „Der Arbeitsvertrag“ geprägt hat: Der Arbeitsvertrag ist „das Schwungrad in der rechtlichen Maschinerie der modernen Wirtschaft.“ Er ist die ökonomische Schlüsselstütze für Millionen Besitzloser.

Hat die Gesetzgebung, der wirtschaftlichen Bedeutung des Arbeitsvertrages entsprechend, sich um seine Gestaltung und Fortbildung gekümmert? Mit nichten. Vergeblich sucht man in der Gesetzgebung nach Berücksichtigung des Charakteristischen der heutigen, kapitalistischen Produktionsweise, daß der Arbeiter seine eigene Arbeitskraft als Ware für den wirtschaftlichen Betrieb eines anderen verwendet und selbst zu einem Glied des Erwerbsgeschäfts wird. Vergeblich sucht man nach ausreichenden Arbeiterschutzgesetzen und nach Schutz des Menschenrechts der Arbeiter, ihres Koalitionsrechts. Nur kleine, im unsäglich mühsamen Kampfe von der Arbeiterklasse der Gesetzgebung abgerungene völlig unzulängliche Arbeiterschutzvorschriften gebieten wenigstens auf dem Papier allzu schrankenloser Ausbeutung der Arbeitskraft der Menschen durch den Menschen ein Halt. Die wirtschaftliche Uebermacht des Kapitalismus sowie Rechtsprechung und Verwaltung knicken auch dies Wenige fast völlig um.

Selbst einheitliche, die gesamte Arbeiterklasse umfassende Grundlagen fehlen bei der gesetzlichen Gestaltung des Arbeiterrechts. Für die im Handels- und Gewerbe-

betriebe tätigen Arbeiter enthält das Handelsgesetzbuch, die Gewerbeordnung, die Seemannsordnung, das Binnenschiffahrts- und das Fährereigesetz reichsgesetzliche Vorschriften. Ergänzend und teilweise abändernd greift das Bürgerliche Gesetzbuch ein. Das Recht der ländlichen Arbeiter, soweit diese nicht zum Gesinde zählen, unterliegt allein den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Denselben Recht sind eine große Zahl anderer Arbeiter, wie Bureauangestellte und Privatangestellte, unterworfen. Die Rechte des Gesindes und der Bergarbeiter sind fast ausschließlich der verschiedenartigen Gesetzgebung von 26 deutschen Vaterländern überantwortet. Neben diesen zivilrechtlichen Vorschriften richtet sich eine Anzahl strafrechtliche Bestimmungen gegen die Arbeiterklasse, insbesondere solche der Landesgesetzgebung gegenüber dem Gesinde. So kaleidoskopartige manigfaltig sieht es auf dem Gebiet aus, dessen wirtschaftliche Bedeutung nach einheitlicher Regelung dringend verlangt.

Aber nicht nur formell ist der für unsere Wirtschaftsweise und für den übergroßen Teil der Mitbürger wesentlichste Vertrag ein Achenbrödel der Gesetzgebung. Seine inhaltliche Regelung widerspricht völlig den Interessen der Arbeiterklasse und der Gesamtheit. Dringend erforderlich sind hier gemeinsame Arbeiterschutzvorschriften, in erster Linie eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit und Schutz des Koalitionsrechts. Seit Jahrzehnten sehen wir statt Arbeiterschutz Arbeiterertrag auf dem Gebiet der Gesetzgebung und noch stärker auf dem der Verwaltung und Rechtsprechung in wachsendem Maße sich breitmachen.

Der Arbeiter hat als Besitzer der Arbeitskraft, auf die er zu seinem und der Seinen Unterhalt als einziges Eigentum angewiesen ist, das lebhafteste Interesse daran, daß die Gesetzgebung nach verschiedenen Richtungen hin Schutzvorschriften schafft. Dem Arbeiter und der Allgemeinheit muß daran liegen, daß der Entgelt für die Tätigkeit des Arbeiters ihm auch nicht vorübergehend vorenthalten werde, daß die Verwertung seiner Arbeitskraft nicht gehindert werde, daß einem Mißbrauch, einer Vergeudung oder einer Gefährdung seiner Arbeitskraft entgegengetreten wird. Die Forderungen von 1890 anerkannt, daß der Arbeiter einen Anspruch darauf habe, daß „die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit so geregelt wird, daß die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit und der Anspruch der Arbeiter auf gesetzliche Gleichberechtigung gewahrt bleibt.“ Die Gesellschaft ist verpflichtet, für die Fälle des Brachliegens der Arbeitskraft Arbeitslosenunterstützung einzuführen, für die Fälle der Schädigung der Gesundheit nach Möglichkeit vollen Schadenersatz zu leisten. Und nicht zuletzt muß eine Gesellschaft, wenn sie die Person höher stellt als eine Sache, dafür Sorge tragen, daß die Arbeitszeit geregelt und daß das Koalitionsrecht der Arbeiter geschützt wird, damit bewirkt werde, daß die die von der Person des Verkäufers untrennbare Ware „Arbeitskraft“ nicht zu ungünstigeren Bedingungen verkauft werden muß, wie eine sachliche Ware.

Statt solcher Schutzmaßnahmen sehen wir in der Praxis ungeduldeten Abzüge von dem verdienten Arbeitslohn, Brachliegen der Arbeitskraft durch Ausverungen, Konkurrenzklauseln, schwarze Listen und geheime Abreden sowie Trockenlegung des Koalitionsrechts und Begünstigung selbst gesetzwidriger Angriffe auf das Koalitionsrecht durch Pensionskassen und andere Zwangsmittel zur Unterstützung von gelben Werkvereinen und Streikbrechergarden. Ganzlich fehlt die Festlegung einer gesetzlichen Höchstarbeitszeit für erwachsene männliche Arbeiter. Statt Anerkennung der wenigen mühsam errungenen Rechte der Arbeiter endlich, tritt oft Verhöhnung ihrer Rechte auch da ein, wo kleine Vorteile für die Arbeiterklasse auf dem Papier errungen sind.

Neuerdings wird besonders von der sogenannten sozialen Gesetzgebung als einer sozialen Fürsorge gefabelt. Soweit in dieser Gesetzgebung eine Besserung gegen frühere Zustände zum Durchbruch gelangt und theoretisch das Recht des Arbeiters auf Fürsorge in den Fällen der Krankheit, der Erwerbsunfähigkeit, des Alters und des Unglücksfalles auf dem Schlachtfelde der Arbeit anerkannt ist, ist dies eine Errungenschaft des ständigen Drängens der Sozialdemokratie. Aber die praktische Durchführung des von der Sozialdemokratie erstrittenen Grundgesetzes ist völlig unzureichend. Unter dem gleichenden Schein sozialer, auf Kosten der Arbeiter selbst aufgebauter Fürsorge wird weniger geboten, als eine gesunde Weiterentwicklung der der Armenverwaltung zugrunde liegenden Idee längst hätte erreichen müssen. Die gesamte Gesetzgebung ist vollends durch die Reichsversicherungsordnung zu einem Ausnahmestück gegen die Arbeiterklasse und zu einem Fürsorgerecht für ehemalige Unteroffiziere und andere Gondlanger der Kapitalistenklasse umgemodelt. Tag auf Tag zeigt sich dies in der von der bürgerlichen Presse sorgsam verbliebenen Praxis der Rechtsprechung auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung.

Greifen wir aus der sozialen Gesetzgebung als Beispiel etwas von der Unfallgesetzgebung heraus. Ihr Zweck ist nicht Ersatz des Schadens des verunglückten Arbeit-

ters, ihr Zweck geht vielmehr auf Zusammenschweißen der Arbeitgeber. Die Arbeiter müssen sich den horrenden ausnahmegesetzlichen Zustand gefallen lassen, daß die Unternehmerklasse in Gestalt der Berufsgenossenschaft ihr als Richter in eigener Sache entgegentritt und die gesamte Rechtsprechung beherrscht. Dem verunglückten Arbeiter wird im Gegensatz zu jedem anderen, z. B. beim Eisenbahnbetrieb verunglückten Bürger, nie der volle Schaden ersetzt. Bestensfalls hat der Arbeiter Anspruch auf zwei Drittel des Schadensersatzes. Nicht zuletzt infolge der vielen vergeblich bekämpften Mängel der Unfallgesetzgebung steigt das Blutopfer, das der Arbeiter auf dem Schlachtfeld der Arbeit zu bringen hat, fortwährend. Im Durchschnitt der letzten Jahre hatte die Arbeiterklasse jährlich über 9000 Tote und über 700 000 Verwundete, darunter über 130 000 Schwerverletzte, in den unfallversicherungsrechtlichen Betrieben lassen müssen. Verlangt das Opfer des Unfalls Schadensersatz, dann wird es nach allen Richtungen hin bearbeitet, seine Rechte ihm erschwert und schließlich im besten Falle festgestellt, wie groß noch der Rest der Erwerbsfähigkeit bei ihm sei, und danach wird, gleichviel ob er diesen Rest verwerten kann oder nicht, der Ersatz nach Prozenten bemessen.

Wie stark ein solches Verfahren den Rechtsgefühl ins Gesicht schlägt, bezeugt uns ein Urteil des Reichsgerichts vom 7. d. M. Dort gelangte in letzter Instanz die Klage eines Reviersteigers auf Schadensersatz gegen eine Eisenbahngesellschaft zum Austrag. Der Kläger hatte durch einen Unfall auf der Straßenbahn einen Oberschenkelbruch erlitten. Er hatte als Steiger 345 M. monatlich verdient und fand nach dem Unfall eine Anstellung als Lagerhalter gegen 4 M. täglichen Verdienst. Als Schadensersatz verlangte er die Differenz mit monatlich 225 M. Die Beklagte wendete ein, der Kläger könnte Bergmann werden, es müsse auch — wie bei Arbeiterunfällen — mit dem Grade der Erwerbsfähigkeit gerechnet werden, die er noch besitze. Das Reichsgericht gab der Klage im vollen Umfange statt und wies die in Unfallsachen tagtäglich gegen Arbeiter vor dem Reichsversicherungsamt betätigte Anschauung der Beklagten mit folgenden Gründen zurück:

Durchaus unbegründet und gar nicht zu bestehen ist, wie behauptet werden konnte, der Kläger solle Bergmann werden. Das kann dem Kläger — abgesehen von dem gleichfalls geringeren Verdienst — ebensowenig angezogen werden, wie einem verletzten Anwalt angezogen werden kann, Bureauvorsteher zu werden. Wenn der Kläger zum Steiger nicht mehr die körperliche Qualifikation hatte, so hatte er sie auch nicht mehr zum Bergmann. Völlig unbegründet ist auch die Herbeiziehung des Grades der Erwerbsfähigkeit. Es kommt nicht darauf an, welchen Rest von Erwerbsfähigkeit der Kläger noch hat, sondern wie er ihn verwerten kann.

Wie wäre es dem Kläger ergangen, wenn er nicht auf einer Eisenbahn, sondern als Arbeiter im Betriebe verunglückt wäre? Es wäre nur danach gefragt, wieviel Prozent verminderte Erwerbsfähigkeit vorliege. Und da ist tausend gegen eins zu weiten, daß sich hinreichend viel Verzte gefunden hätten, die haarscharf bewiesen: der Oberschenkelbruch ist geheilt, der Arbeiter hat sich an denselben gewöhnt, er ist voll erwerbsfähig oder so wenig vermindert erwerbsfähig, daß er keine Unfallrente braucht. Und die Gerichte hätten in 99 von 100 Fällen im Gegensatz zum Reichsgericht dieser Auffassung Raum gegeben und auf Grund des Ausnahmecharakters der Unfallgesetzgebung erklärt: es kommt nicht darauf an, ob der Arbeiter infolge des Unfalls arbeitslos ist, sondern wie er seine Arbeitskraft verwerten könnte, wenn er Arbeitsgelegenheit hätte.

Der hervorgehobene Einzelfall ist typisch für die Mißhandlung der Arbeiter auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung. Aber nicht nur die vielen Schäden der sozialen Gesetzgebung zu beseitigen und ihre Lücken zu schließen gilt es. Das gesamte Gebiet des Arbeiterrechts schreit nach gesetzlicher Abhilfe gegen die Mißhandlungen, die das Recht der Arbeiterklasse auf diesem Gebiete erdulden muß.

Dringend erforderlich ist die Vereinheitlichung und Weiterbildung des Arbeiterrechts. In erster Linie steht da die Forderung auf Schutz und Ausdehnung des Koalitionsrechts und auf Einführung einer Höchstarbeitszeit. Der Reichstag hat ungeheure Opfer dem Militarismus bewilligt, aber noch nicht das geringste auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes zuwege gebracht. Hier muß endlich eingeseht werden. Im Interesse der gesamten Arbeiterklasse und im Interesse der Gesamtheit ertone der Ruf: Her mit einer einheitlichen wirklichen Arbeiterschutzgesetzgebung, her mit Schutz und Ausdehnung des Koalitionsrechts und Herabsetzung der Höchstarbeitszeit bis auf 8 Stunden.

Waffenstillstand und Verhandlungen in Sicht!

Unsere gestrige Meldung, Bulgarien habe sich um Vermittelung an Rußland gewandt, wird heute bestätigt. Bestätigt werden dadurch auch die Meldungen über den bisherigen militärischen Mißerfolg Bulgariens. Die deutschen Blätter, die kritlos die Siegesprophezelungen

der Wiener Lügen- und Sensationspresse zugunsten Bulgariens nachbeteten, haben sich wieder einmal mit ihrem Liebesseifer für die grundlos schwarze gelbe Diplomatie blamiert.

Bestimmend für die nachgiebige Haltung Bulgariens ist neben der Erkenntnis, daß das Waffengleich ihm nicht günstig sei, vor allem die Haltung Rumäniens, das ein Gleichgewicht der Kräfte auf dem Balkan erhalten will. In einer über England kommenden offiziellen Kundgebung läßt es keinen Zweifel daran, daß es im Falle eines bulgarischen Sieges über Serben und Griechen die Feindseligkeiten gegen den Nachbar eröffnen würde.

Die russische Vermittlung, die nach einer Pariser Meldung bereits eingeleitet hat, wird nach Lage der Dinge keine Schwierigkeiten haben, um Serbien und Griechenland zu einem Waffenstillstand und zu Verhandlungen geneigt zu machen. Diese Staaten haben schon zu große Verluste erlitten, als daß ihnen an der Fortdauer des Gemegels viel gelegen sein könnte, um so mehr, als die Bürgerin Cholera auch in ihrem Gebiete immer mehr Opfer fordert.

Wie es heißt, soll die Entscheidung über die umstrittenen mazedonischen Gebiete einer europäischen Konferenz übertragen werden.

Bulgariens Vermittlungserfahrungen.

Paris, 10. Juli. Die Agence Havas meldet aus Petersburg: Bulgarien hat erklärt, um Blutvergießen zu vermeiden, überlasse es völlig Rußland, die Einstellung der Feindseligkeiten herbeizuführen.

Die Intervention Rußlands.

Paris, 10. Juli. Nach einer Blättermeldung hat Sazonow infolge des Eruchens Bulgariens unverzüglich die Regierungen Serbiens und Griechenlands gebeten, ihr bekenntzugeben, unter welchen Bedingungen sie Frieden schließen wollen. Sazonow wäre geneigt, die Kriegführenden zu ersuchen, einen Waffenstillstand abzuschließen und die Delegierten nach Petersburg zu entsenden. Man glaubt, daß Sazonow die Intervention nicht angenommen hätte, wenn die bulgarische Regierung sich nicht bereit erklärt hätte, den Serben und Griechen Zugeständnisse zu machen und Rumänien einen Teil der von ihnen beanspruchten Gebiete abzutreten.

Rumäniens Absichten.

London, 10. Juli. Das Reutersche Bureau erzählt aus gut unterrichteten rumänischen Quellen, daß die Mobilmachung noch in dieser Woche vollständig durchgeführt sein wird. Rumänien nimmt gegenüber keiner der kriegführenden Parteien eine feindselige Haltung ein, aber es will keine Veränderung des Gleichgewichts auf der Balkanhalbinsel zulassen, welche ihm selbst schädlich sein könnte. Wenn Serbien ernstlich bedroht sein sollte, so wird Rumänien gezwungen sein, Truppen nach Bulgarien zu schicken. Wenn dagegen Bulgarien bedroht ist, so wird Rumänien seinen Einfluß zu Bulgariens Gunsten geltend machen. Außerdem will es sich eine strategisch vorteilhafte Grenze sichern zur Verteidigung seines Gebietes und um eine Resandepolitik Bulgariens für den Fall, daß Rumänien gezwungen wäre, gegen Bulgarien vorzugehen, unmöglich oder wenigstens recht schwierig zu machen. Es ist daher wahrscheinlich, daß die rumänischen Truppen bulgarisches Gebiet bis zu einer Linie von Turtulal (Turtukan) an der Donau bis Balcis am Schwarzen Meer besetzen werden, und daß der Rest seiner Streitkräfte zur Durchführung seiner Politik eine Befestigung des Gleichgewichts der Kräfte auf der Balkanhalbinsel durch Intervention zwischen den Kriegführenden zu verhindern verwandt werden wird.

Eine serbische Darstellung der Kriegereignisse.

Berlin, 10. Juli. Im Auftrage des Ministeriums des Auswärtigen verbreitet die königlich serbische Gesandtschaft folgende Darstellung:

Allen bulgarischerseits verbreiteten Nachrichten, daß bei den letzten Kämpfen die Serben die Angreifer gewesen seien, ist serbischerseits entgegengehalten: Aus bulgarischen Operationsbefehlen, Dienstbefehlen, Zeugenaussagen und Tagebüchern gefangener bulgarischer Offiziere geht hervor, daß die bulgarische Armee in Stärke von etwa 150 000 Mann mit etwa 200 Geschützen den Ueberfall auf die serbischen Stellungen in Mazedonien unternahm, was aus daraus hervorgeht, daß die serbischen Vorposten überrumpelt wurden und die Bulgaren im ersten Anlauf zu den serbischen Hauptpositionen gelangten. Zum Beweise hierfür befinden sich in serbischen Händen amtliche schriftliche bulgarische Operationsbefehle, die photographiert und veröffentlicht werden. Ferner steht fest, daß die Bulgaren in keinem einzelnen Fall den Befehl gegeben haben, die Feindseligkeiten einzustellen, oder daß sie sich aus eigener Initiative zurückgezogen hätten. Auch die Behauptung, daß die Serben in das Gebiet der alten bulgarischen Grenzen eingedrungen sind, entspricht nicht den Tatsachen, das Umgekehrte war vielmehr der Fall, wie die bulgarischen Angriffe bei Jaischar, Rudi Bogaz, St. Nicolas, Anjazwah, Pirod und Blassina beweisen. Daß die von bulgarischer Seite gemeldeten Kämpfe bei Beles, Kumanowo und St. Nicolas (Kisseli) — letzterer Ort ist nicht mit dem oben angeführten Ort gleichen Namens zu verwechseln — nicht stattgefunden haben können, geht schon daraus hervor, daß die serbischen Truppen die Bulgaren auf der ganzen Linie der Dregalnitsa (Krimolaf, Ispit, Kotschana, Ofegowo-Gebirge und Egri-Balkan) zurückgedrängt haben, und daß die Angriffe an der alten serbischen Südgrenze bei Blassina (zwischen Branja und Pirod) abgewiesen worden sind. Ein Blick auf die Karte zeigt dies zur Genüge.

Die Griechen im Strumizkatale.

Athen, 10. Juli. Die Griechen haben Cavalla und das ganze Strumizkatale besetzt.

Die Cholera.

Wien, 10. Juli. Wie die „Neue Freie Presse“ aus Belgrad meldet, ist in den Spitalern von Ueskub die Cholera ausgebrochen.

Die Opfer.

Belgrad, 10. Juli. Da sämtliche Lazarette infolge der großen Zahl von Verwundeten überfüllt sind, hat man heute mit dem Bau von Krankenbaracken begonnen. Der österreichisch-ungarische Gesandte hat dem serbischen roten Kreuz die Gefandtschaftsküche zur Verfügung gestellt.

Zu viel gegliedert.

Paris, 8. Juli. (Fig. Ber.)

Wie ist doch der alte Bossenscherz: Ich habe einen Gefangenen, aber er läßt mich nicht los? Genau so geht's jetzt den Militaristen in der Deputiertenkammer. Wohl scheint ihr

Schifflein allen Klippen entronnen und mit geblähten Segeln dem Hafen zuzusteuern. Aber unten im Dumpf gibt's irgendwo ein böses Red'. In der vorigen Woche waren alle Gegenprojekte der Militärvorlage erledigt worden und gestern wurde der entscheidende Paragraph des Artikels 18 des Entwurfs Reinach-Montebello angenommen. Aber die 116 Stimmen Majorität bereiteten der Regierung und den Nützungspatrioten keine rechte Freude. Denn ehe sie noch den Köffel zum Mund bekamen, hatte ihnen der böshafte Radikale Vincent die Suppe verfallen. Vincent beantragte nämlich, daß alle diensttauglichen Leute effektiv die gleiche Dienstdauer zu absolvieren hätten, und da die Militaristen im Augenblick, da sie die dreijährige Dienstzeit beantragt hatten, die Gleichheit aller Bürger vor dem Moloch feierlich beschworen hatten — schon um zu verhindern, daß die Verlängerung der Dienstzeit etwa nur für die berittenen Truppen beschloffen werde — mußten sie patriotisch Ja und Amen sagen. Der Zusatz wurde mit allen gegen eine Stimme angenommen. Aber kaum hatten sie dieses Opfer am Altar der Demokratie dargebracht, als sie schon ein Grauen erfaßte. Und ein Progressist hat scheinlich im Namen der bedrohten Landwirtschaft, ein von dem seltsamen „Unabhängigen“ Breton gestelltes, aber von der Mehrheit abgelehntes Unter-Amendement, das Ausnahmen im Interesse der Bevölkerungspolitik offen lassen wollte, wieder aufzunehmen. Die Söhne der Kleinbauern, meinte er, müßten nach zwei Jahren freigegeben werden. Aber Genosse Compere-Morel erwiderte sehr treffend, daß die reaktionären Agrarier für ihre leibliche und politische Verwandtschaft keine Extrawurst braten dürften. Und der Vorschlag fiel durch.

Nun aber hat das Vincentsche Amendement das ganze Gesetz desorganisiert und wenn auch die die Mehrheit weiter berät, als ob nichts passiert wäre, so ist es doch unbestreitbar, daß es in seiner neuesten Gestalt einfach undurchführbar ist. Wie man weiß, hatte die ursprüngliche Regierungsvorlage die allgemeine dreijährige Dienstzeit mit früherer Beurlaubung der Söhne zahlreicher Familien vorgesehen. Aber da, wie Jaurès in der Armeekommission nachgewiesen hat, diese Fassung den von den Militaristen dargelegten Zweck gar nicht erreicht hätte, wurde das Gesetz völlig umgearbeitet und auf die von dem Herrn Reinach und Montebello ausgehende Formel der festen Effektivbestände basiert. Danach wären die Ueberzähligen entlassen worden. Dies ist aber jetzt, da die Gleichheit der Dienstzeit für alle beschloffen ist, unmöglich. Entweder müssen alle früher beurlaubt werden oder keiner. Die Reaktionen tun jetzt, als ob ihnen das nichts ausmache, da der Reinach-Montebellosche Entwurf nur ein Minimum, aber kein Maximum der Bestände festsetze und der „Tempo“ versucht sogar in läppischer Weise den gestrigen Beschluß demagogisch gegen die Opposition auszuspielen, indem er meint, wenn jetzt alle Soldaten ohne Ausnahme drei Jahre dienen müßten, hätten sich die Wähler dafür bei der radikalen und sozialistischen Linken zu bedanken. Aber praktisch ist die Vorlage mit dem Amendement nicht zu vereinen. Kamentlich, wenn im Herbst auch die Zwanzigjährigen eingezogen werden sollen. Da das Kontingent der Zwanzigjährigen nicht die Stärke der Einundzwanzigjährigen hätte, müßte — um dem Prinzip der Effektivbestände zu genügen — ein Teil der jetzigen Zwanzigjährigen zurückbehalten werden. Das Vincentsche Amendement aber würde die Zurückbehaltung aller fordern und dann hätte die Regierung gleichzeitig vier Jahrgänge in der Kaserne, was natürlich unmöglich ist — aus nationalökonomischen und hygienischen Gründen.

Alle zurückbehalten aber will die Regierung auch aus politischen Gründen nicht. Man mag sagen, was man will, die Einstellung der Zwanzigjährigen ist doch nur darum von der Regierung angenommen worden, weil dieser vor dem kommenden Herbst graute. Die Aussicht darauf, daß der allergrößte Teil des dritten Jahrganges im Herbst entlassen werden würde, hat die Ausregung in den Kasernen etwas gemildert. Wie würde diese aber erst ausfallen, wenn das Versprechen wieder zurückgenommen werden würde! Tatsächlich hat in der heutigen Vormittagsitzung der Präsident der Armeekommission Periss erklärt, daß im Falle der Einstellung der Zwanzigjährigen dem Gesetz keine rückwirkende Kraft gegeben werden müßte — d. h. daß die heute Dienenden kein drittes Jahr zu absolvieren hätten — eine Erklärung, die Jaurès sofort feststellte. Was machen aber dann die Effektivbestände der Herren Reinach und Montebello?

Man sieht, die Opposition hat glänzend mandbriert. Die Vorlage ist durchlässig, man mag sie drehen und wenden, wie man wolle. Das sagt natürlich nicht, daß nicht schließlich doch ein Nachwerk zustande kommt, das das „Prinzip“ der drei Jahre herauskehrt. Einsweilen aber fährt der Militarismus herum wie Goethes Katze im Kellerneß.

Jaurès gegen die militaristische Konfusion.

Paris, 10. Juli. In der heutigen Sitzung der Kammer warf bei der Beratung des Artikels 8 der Militärvorlage, der sich mit der Frage des Einstellungsalters befaßt, Jaurès in heftiger Weise der Regierung vor, die Prüfung dieser Hauptfrage zu spät vorgenommen zu haben. Er sagte, daß die Zusammenhanglosigkeit der Regierung angesichts des Seelenzustandes der jungen Mannschaften der Jahrgangsklasse 1910 tragisch sei, denn diesen leuchtete seit acht Tagen der Hoffnungsschimmer des Freiwerdens. Jaurès fragte dann die Regierung an, daß sie die Kammer vor die Alternative stelle, die schönsten Hoffnungen zu enttäuschen oder die Krankheits- oder Sterblichkeitsgiffer der jungen Soldaten zu erhöhen. (Beifall auf der äußersten Linken und bei einem Teil der Linken.)

Ministerpräsident Barthou wies darauf hin, daß die ganze Frage der Einstellung Zwanzigjähriger der Anregung des Parlaments entstamme, da die Kommission bei Beratung der Amendements die Meinung der Regierung verlangt hätte. Die Vorteile dieser Maßregel, die er im Prinzip anerkennt, händen in keinem Zusammenhang mit einer Entlassung des Jahrganges 1910. (Beifall im Zentrum.) Der Vornamur Jaurès, er hätte die Soldaten dieses Jahrganges getauft, treffe die Regierung nicht, denn diese hätte nichts weiter getan, als daß sie den Beschloffen das durch die Kammer mit der Frage befaßten Heeresauschusses gefolgt wäre, wenn dieser sie bejaßt hätte. Die Regierung habe durch Mitteilung der Gutachten des Obersten Gesundheitsrates und des Gesundheitsrates an die Kommission eine Prüfung der Frage nach allen Richtungen durch Kommission und Parlament herbeiführen wollen und damit loyal gehandelt. (Beifall von verschiedenen Seiten.) Er wolle durchaus nicht auf die Kammer drücken, sondern ihrer Beratung volle Freiheit lassen. (Lebhafter Beifall im Zentrum und auf einigen Bänken der Linken, ironisches Lachen auf der äußersten Linken.)

Schließlich wurde Artikel 6 mit den dazu gestellten Amendements an die Kommission zurückverwiesen. Fortsetzung der Beratung Mittwoch.

Politische Uebersicht.

Zur nationalliberalen Stichwahlparole in Jauch-Bezirk.

Die nationalliberale Parole zu den Stichwahlen im Reichstagswahlkreis Jauch-Bezirk fordert den bitteren Spott auch der linksliberalen Organe heraus. So schreibt das „Berl. Tageblatt“:

„Daß die nationalliberale Partei nicht gerade den Gipfel der Zügellosigkeit bedeutet, daß sie in ihrem ganzen politischen Verhalten mit einer Drehscheibe manche Kehrwort aufzuweisen hat, daß sie gern den Mantel nach dem Winde trägt und nach zwei Seiten hinget, daß alles sind nicht gerade neue Erkenntnisse. Wer die Geschichte der nationalliberalen Partei wahrheitsgemäß schreiben wollte, der würde damit zugleich eine Geschichte der menschlichen Schwachheit schreiben. Aber es muß ein Maß in den Dingen sein. In ihrem Verhalten bei den beiden heute und morgen stattfindenden Stichwahlen zum Reichstag hat sich die nationalliberale Partei selbst übertrieben.“

Die nationalliberale Partei mag über einen Bloß von Boffermann bis Nebel denken, wie sie will; sie mag sich noch so sehr zu der reaktionären Seite des Reichstags hingezogen fühlen; aber daß es auch in ihrem Interesse liegt, eine blauschwarze Mehrheit im Reichstage unmöglich zu machen, das versteht sich von selbst. Sie hätte um so mehr den Mund halten können, als sie die Stichwahl in Jauch-Bezirk nichts angeht. Denn ein nationalliberaler Kandidat war überhaupt nicht aufgestellt worden, und die fortschrittliche Volkspartei hat die klare Parole gegen die Rechte ausgegeben. Trotzdem hält sie es für nötig, sich in den Kampf zu mischen.“

Man beachte wohl, daß die nationalliberale Parteileitung, oder wer sonst sich die Entscheidung angemacht hat, erst einmal mit ihrer Meinung so lange hinter dem Berge hielt, bis der Tag der Stichwahl in Salzweil-Gardelegen gekommen war. Voricht scheint für gewisse nationalliberale Mannesleuten der bessere Teil der Tapferkeit zu sein. Nun aber, wo man annehmen zu dürfen glaubt, daß die Wahl Böhmens gesichert ist, fällt man der Linken in Jauch-Bezirk in den Rücken. Das sind Volkswohnheiten, die man sich denn doch bei den Parteikämpfen im Deutschen Reich aufs ernstlichste verbitten muß. Wir hoffen allerdings, daß auch der größte Teil der nationalliberalen Wähler im Wahlkreis Jauch-Bezirk zu anständig denkt, um eine derart perfide Taktik mitzumachen.“

Eine beifühende Charakteristik der Fraktion Drehscheibe!

Der kriegsministerielle Reichstater.

Für die bürgerlichen Parteien und insbesondere für das Zentrum besteht das Wesen der Politik darin, im Wege des Kompromisses mit den herrschenden Mächten so viel als möglich herauszuschlagen. Daher kann bei diesen Parteien auch von prinzipieller Politik keine Rede sein, Anshandel ist Trumpf. Im kriegsministeriellen ist nun der berufene Stahndler, der die Geschäfte mit den bürgerlichen Parteien zu führen hatte, der General v. Wachs gewesen, der, dem Kriegsminister v. Heeringen folgend, jetzt aus seinem Amte ausgeschieden ist. In der „Germania“ widmet ein Zentrumspolitiker und begeisterter Anhänger der Hintertreppenspolitik dem General v. Wachs diesen Nachruf:

„General v. Wachs hatte schon als Chef der Ministerialabteilung unter dem Minister von Goltz einen über seine damalige Stellung weit hinausreichenden Einfluß. Als Direktor des Zentraldepartements war er dann, das wußte jeder Reichstagsabgeordnete, im ureigensten Sinne die rechte Hand der Minister von Einem und von Heeringen. Und noch mehr — er war der Vertrauensmann der Volksexzessoren aller Parteien. Wer in militärischen Angelegenheiten oder ein Anliegen hatte, ging zum General Wachs; er war sicher, dort liebenswürdig gehört und beschieden zu werden. Wenn es sich um eine Vermittlung handelte, wandten sich die Fraktionsführer an ihn, sie wußten, daß damit die Sache in die besten Hände gelegt sei, und wurden niemals enttäuscht. Wachs fand jeder einen Ausweg, der schließlich beiden Seiten annehmbar war, das Regierungsverhalten nicht außer acht ließ und ebenso den von der anderen Seite geäußerten Wünschen oder geltend gemachten Bedenken soweit nur irgend möglich Rechnung trug.“

Mit klarem Urteil, das sich nicht nur einseitig auf rein militärische Fragen beschränkte, verband er bei aller militärischen Grabsheit ein außerordentlich liebenswürdiges Wesen und eine wohlthuende Ruhe, die ihn vor Entgleisungen bewahrte. Diese Eigenschaften befähigten ihn, zu verhandeln, auszugleichen und zu veröhnen. Wo von dritter Seite ein faux pas gemacht war, arbeitete Wachs, der im Reichstage nur selten das Wort ergreifen hat, im stillen und brach der Sache die Spitze ab. . . . Mit einem Worte läßt sich die Vertrauensstellung (des Generals v. Wachs) kennzeichnen. General v. Wachs wurde nämlich scherzhaft in Abgeordnetenkreisen der „kriegsministerielle Reichstater“ genannt.“

Ein geschichtliches Thema ist nicht politisch.

Im Kampf gegen die freie Jugendbewegung hat die Polizei eine Niederlage erlitten. Ihr Bestreben, geschichtliche Vorträge als politische zu stempeln und damit die Jugendversammlungen zu verhindern, ist gescheitert. Am Karfreitag sollte in Königsberg ein Vortrag über das Thema: „Der 17. März 1818 — der 18. März 1848“ gehalten werden. Die Polizei verbot die Versammlung, noch ehe der Redner auch nur ein Wort gesagt hatte, und das Smögengericht erkannte gegen den Veranstalter der Versammlung auf 15 W. Geldstrafe wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz (es erlöschte in dem Thema ein politisches) und wegen Verstoß gegen die Versammlungsverordnung, nach der am Karfreitag und Vortag öffentliche Versammlungen überhaupt nicht stattfinden dürfen. Die Versammlungssammer sprach den Veranstalter von der Anklage frei, eine unangemeldete Versammlung zur Erörterung politischer Angelegenheiten in Anwesenheit von Personen unter 18 Jahren veranstalten zu haben. Zwar besteht der Verdacht, daß politische Angelegenheiten erörtert werden sollten. Das wäre der Fall gewesen, wenn der Redner auf gegenwärtige Verhältnisse Bezug genommen hätte. Die Versammlungsverordnung sah das Gericht für rechtmäßig an; deshalb wurde dieser Teil der Verurteilung verworfen und die Strafe aufrechterhalten. Von Bedeutung ist aber der Entscheid der Strafkammer, daß geschichtliche Thematata nicht politisch sind. Es können also derartige Vorträge ungehindert in öffentlichen Jugendversammlungen gehalten werden.“

Das Zentrum und die Gewerkschaften.

Eine Korrespondenz meldet: Es ist bekannt, daß der Bischof von Trier seinen Klerus angewiesen hat, nur mehr für die rein katholischen Organisationen einzutreten, was unter den nicht berlinerisch gesinnten Geistlichen und Laien große Unzufriedenheit hervorgerufen hat. Jetzt verkundet, daß ein weiteres bischöfliches Rundschreiben an die Trierer Geistlichkeit ergangen ist, das sich gegen den neuen christlich-interkonfessionellen Verband der Land- und Weinbergarbeiter richtet, an dessen Spitze der protestantische Abgeordnete Behrens steht. In den Reihen der Köln-Bladbacher Richtung hat dieses Vorgehen hochgradige Erbitterung hervorgerufen. Den öffentlichen Kampf haben aber beide Gruppen bisher zu vermeiden gesucht. Es ist aber nur eine Frage der Zeit, daß die Auseinandersetzungen wieder in verschärfte Form öffentlich zum Ausdruck kommen werden.“

Die badischen Landtagswahlen.

Die badische Parteipresse veröffentlicht jetzt die Kandidatenliste. Die Sozialdemokratie ist die einzige Partei, die mit der Aufstellung der Kandidaten fertig ist. In sämtlichen

73 Landtagswahlkreise hat sie ihre Vertreter nominiert; Doppellandtagswahlkreise sind nach Möglichkeit vermieden. Nur einige bekanntere Genossen kandidieren mehrmals. Durch dieses selbständige Vorgehen ist es auch diesmal wieder möglich, die sozialdemokratischen Stimmen zu zählen. Im Jahre 1909 stiegen sie ganz enorm, nämlich von 50 000 auf rund 86 000. Unser prozentualer Anteil an der Zahl der überhaupt abgegebenen Stimmen erhöhte sich von 17 auf 28.

Die bürgerlichen Parteien sind mit der Kandidatenaufstellung noch ziemlich im Rückstand; das Zentrum befindet sich auf der Suche nach großblütigen gegnerischen Nationalliberalen — eine tolle Wahlkomödie der grundsätzlosesten aller Parteien — und die Nationalliberalen haben abgewartet, ob das bekannte Teufelskorn zustande kommt. Erst jetzt können sie ihre Kandidatenliste fertigstellen. Sie verlieren — wie bei der Mannheimer Kandidaten-Nominierung erklärt worden war — einen ihrer Führer, den Rechtsanwält König, der nicht mehr zu kandidieren willens ist. Auch der frühere Parteichef der Nationalliberalen, Landgerichtsdirektor Obfischer, der 1909 unsern Genossen Breitenfeld unterlegen ist, hat sich noch nicht entschlossen, wieder eine Kandidatur anzunehmen.

Das Zentrum bringt auch einige neue Männer; bemerkenswert ist, daß der adeliche Vertreter von Bruchsal-Biesloch, Fritz Herr D. Mengingen, durch einen christlichen Gewerkschaftsführer Hartmann aus Waldorf ersetzt worden ist. Man sieht allmählich ein, daß man mit dem Adel in Baden keine Wahlgeschäfte machen kann.

Ein preussischer Ortsvorsteher als Hüter königlich preussischer Jugendpflege.

Ueber ein Vorkommnis, das ebenso die reaktionären Zustände im preussischen Schulwesen wie gleichzeitig auch in der preussischen Gemeindeverwaltung zeigt, wird uns berichtet:

In dem Orte Stügerbach (Kreis Schleusingen) kam es dieser Tage zwischen dem Gemeindevorsteher und unseren Genossen in der Gemeindeverwaltung zu einem heftigen Zusammenstoß. Ein Arbeiter hatte die Wahl in den Fortbildungsschulsausschuss abgelehnt. Das nahm einer unserer Genossen zum Anlaß, darauf hinzuweisen, daß die Gemeindevorsetzung sich mit der Frage nicht noch einmal beschäftigen dürfte, wenn man nicht den sozialdemokratischen Vorschlag, bei dem die Annahme des Ehrenamtes sicher gewesen wäre, niedergestimmt hätte. Nun brach das Ungewitter los. Der Ortsvorsteher sprach von der behördlichen Genehmigung des Fortbildungsschulsausschusses, die auch von der politischen Betätigung des Betreffenden abhängt, und als ihm von einem Genossen entgegen wurde, es sei schlimm genug, wenn in Schulsausschüssen Politik getrieben werde, meinte er, das geschehe mit Recht, denn erst kürzlich habe ein junger Mensch unter den Augen des Lehrers ein „sozialdemokratisches Flugblatt“ verbreitet. Der junge Mensch sei wohl bestraft worden, aber er behauere, daß in diesem Falle nicht das Zuchtstrafrecht erlaubt sei. Er sei als Regierungsbeamter verpflichtet und habe somit die Regierungsinteressen gegen die Umsturzbestrebungen zu wahren, er sei auch dahin vereidigt, die nationale Jugendpflege zu fördern, was er stets tun werde. Soweit Kennzeichen die Ausführungen des preussischen Ortsvorstehers die reaktionären Strömungen im preussischen Schulwesen überhaupt.

Aber es war unsern Genossen gelungen, den Redefluß der preussischen Dorfobrigkeit mehrmals zu unterbrechen, so auch mit der nicht unwichtigen Feststellung, daß die sozialdemokratischen Flugblätter die „Arbeiter-Jugend“ gewesen seien. Immer aber, wenn kaum die sozialdemokratischen Gemeindevorsetzer sich zur Wehr oder Verteidigung anschickten, ließ es von dem zugleich den Vorsitz führenden Ortsvorsteher: „Ich antizipiere Ihnen das Wort!“ und auf diese Weise gelang es ihm auch, Kläger und Richter zugleich und in eigener Sache zu sein und die Arbeiter mundtot zu machen. Das aber kennzeichnet die in der reaktionären preussischen Landgemeindeordnung begründeten vorwärtsrückenden Zustände in unseren preussischen Dörfern. Uebrigens hat Stügerbach bei der letzten Reichstagswahl 284 sozialdemokratische (194 im Jahre 1907) gegen 88 „nationale“ Stimmen aufgebracht. Das erklärt manches und läßt auch weiter eine gute Wirkung der dorfbürgerlichen Umsturzbestrebungen erhoffen.

Ein preussisches Beamten-Idyll.

In der großen deutschen Kinderstube gibt es diese folgende patriotische Kinder. Herr von Breitenbach oder scheint die artigsten zu haben. Man lese nur dieses löbliche Rundschreiben:

Eisenbahnverein Köln.

An die Herren Vertrauensmänner!

Von dem Regierungsrat Winkel zu Königsberg i. Pr. ist ein vornehmlich für das Regierungsjubiläum des Kaisers bestimmtes Band herausgegeben worden, das zugleich als Sivatband für alle patriotischen und Vereinstests des ganzen Jahres dienen wird und am 16. Juni und 19. Oktober d. J. möglichst allgemein getragen werden soll.

Das Doppelband besteht aus zwei durch eine Messingöse zu einer Schleife verbundenen verschiedenfarbigen Einzelbänden. Die Farben der Bänder sind rot, blau oder gelb. Beliefert wird in verschiedenen Farben nach Wahl der Generalvertriebsstelle der Firma Gröbe & Unzer in Berlin.

Das Sivatband trägt die Bilder des regierenden Kaisers und des Königs Friedrich Wilhelm III. sowie die Bildnisse von Staatsmännern und Heerführern, die an der Befreiung des Vaterlandes vor 100 Jahren hervorragenden Anteil haben und folgenden Ausdruck:

„Dem Kaiser Heil! Seit 25 Jahren hat er regiert mit starker Hand. An Deutschland, halt in Wägen und Gefahren So treu wie er zum Vaterland! Denk an die Felder, die uns einst befreiten, Ihr Alles opferten der Pflicht, Und sage nicht, selbst in den schwersten Zeiten, Denn Gott verläßt die Deutschen nicht.“

Das Band wird an der Kasse bzw. linken Brustseite befestigt und zu dem für die Eisenbahnvereine ermäßigten Preise von 25 Pf. das Stück geliefert.

Durch Erlaß von Harzburg, den 14. Mai 1913

IV. 42 hat der Herr Minister der öffentlichen

Arbeiten genehmigt, daß den Eisenbahnbediensteten gestattet wird, an den bevorstehenden vaterländischen Feiertagen das Sivatband zur Dienstkleidung zu tragen.“ (Unterschrift.)

Ist das nicht reizend? Ein kgl. preussischer Regierungsrat erbenkt Sivatbänder, Sr. Excellenz der Herr Minister der öffentlichen Arbeiten widmet dem Sivatband einen feierlichen Erlaß und die kgl. preussischen Eisenbahnbeamten lassen das Band stolz von der linken Seite ihrer deutschen Mannesbrust im Winde flattern. Der Eisenbahnminister kann mit seinem Sivatbändchen zufrieden sein. So lange sich die Eisenbahnbediensteten mit solchem Spielzeug vergnügen, braucht er ihre Forderungen nicht zu fürchten.

„Alte Leute“ und Krutenerzieher.

Eine ständische Mißhandlung mußte ein Rekrut vom 2. Jägerregiment zu Pferde in Langensalza durch die zwei im dritten Jahre dienenden Jäger Hugo Räuber und Karl Riechers erdulden. Räuber hatte dem Mann einen ganz unsinnigen „Beisehl“ gegeben, den er gar nicht ausführen konnte. Darauf versetzte Räuber dem Rekruten mit einem ungewöhnlich langen und schweren Rohrstock etwa 40 Schläge über Kopf, Rücken und Beine. Als der Mißhandelte unter dieser Brutalität zusammengebrochen war, schüttelte der „Kamerad“ nach ein Gefäß mit Wasser über sein hilflos daliegendes Opfer, dem nun auch der andere Prügelschlag Karl Riechers eine Anzahl Schläge verabfolgte. Der Rekrut war acht Tage dienstunfähig, sein ganzer Körper war mit blutunterlaufenen Schwielen und der Kopf mit Beulen bedeckt. Das Kriegsgericht Erfurt erkannte am 1. Juni gegen die beiden feigen Soldatenschinder auf 4 Monate 1 Woche Gefängnis für Räuber und 4 Wochen Gefängnis für Riechers.

Oesterreich.

Ein geheiligter Stand.

Wien, 10. Juli. (Fig. Ver.) Die „auf Suppe“ länger dienenden Unteroffiziere (Kapitulanten) nennt der österreichische Kommissar „Suppaten“. Weil nun die Jungsbrüder „Volkstanz“ aus der Wiener „Arbeiterzeitung“ diesen Ausdruck übernahm, erhob der Staatsanwalt Anklage — natürlich nicht wegen Beleidigung, was vor die Geschworenen gehört haben würde, sondern wegen — „Verhöhnung einer selbständigen Abteilung der kaiserlichen Armee“. Die kleine Geldstrafe, die der Redakteur Genosse Kapoldi bekam, genügt der Anklagebehörde nicht, es sollte strenger Arrest (Befängnis ohne Selbstbefristung) sein und nachdem sogar die Generalprokuratur (Rechtsanwaltschaft) in Bewegung gesetzt worden war, erklärte der 1. L. oberste Gerichtshof wirklich, daß durch die Nichterhängung der strengen Arreststrafe das Gesetz verletzt worden sei, weil nämlich die Suppaten ein „ganzer Stand der bürgerlichen Gesellschaft“ und der Ausdruck der Verhöhnung für sie eben strengstens zu bestrafen sei.

Spanien.

Todesurteil gegen den Königsattentäter.

Madrid, 10. Juli. Es bestätigte sich, daß Sanchez Klegre zum Tode verurteilt worden ist. Der Urteilspruch ging dahin, daß das Attentat vorher beschlossen und hinterlistig ausgeführt worden sei. Sanchez sei zwar Epileptiker, er sei aber im Augenblick des Attentats im Besitze der Geisteskräfte gewesen. Es wird bestätigt, daß Sanchez die Nichtigkeitsbeschwerde einlegen wird.

Marokko.

Vom Kampf der Spanier gegen die Arabien.

Ceuta, 10. Juli. Gestern beschossen die Mauren die Spanier bei Lorient und töteten dabei einen Korporal und zwei Soldaten. Die Spanier machten einen Ausfall und wurden dabei von einer großen Anzahl von Mauren angegriffen. Die Mauren wurden schließlich durch spanische Artillerie unter großen Verlusten zurückgetrieben. Fünfzehn Spanier wurden kampfunfähig gemacht.

Aus der Partei.

Giovanni Montemartini.

Rom, den 8. Juli. (Fig. Ver.) Aus vollem Witzeln heraus, von unermüdlicher Arbeit und eifrigen Studien, hat der Tod den Genossen Montemartini weggerissen. Als Generaldirektor des statistischen Reichsamtes und des Arbeitsamtes, als Universitätsprofessor und Schriftsteller ehrt man heute den Toten.

Während der Abendstunde im Kapitel, der er als sozialistischer Stadtverordneter beimaßte, traf ihn der Tod ganz unermutet. Wenige Minuten vorher hatte der Mann, der geradezu den Eindruck unverwundlicher Gesundheit machte, über das Budget der während seiner Stadttätigkeit von ihm ins Leben gerufenen städtischen Elektrizitätswerke gesprochen: das Budget schloß glänzend ab. Montemartini war mit seinem Werk zufrieden und plauderte mit seinem Nachbar, als er plötzlich erbleichte, sammelte, mit den Händen in die Luft griff und dann bemußlos zur Seite sank. Eine Gehirnblutung hatte den hünenhaften Mann, der erst im 48. Lebensjahre stand, der Sprache und des Gebrauchs der rechten Seite beraubt. Die Sitzung wurde aufgehoben, und man trug Montemartini, dessen Zustand gleich hoffnungslos erschien, in den Fahrensaal, wo er, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, heute früh um 3.20 Uhr den letzten Atemzug tat. Seine an das Sterbelager gerufene Frau und seinen einzigen dreizehnjährigen Sohn hat er nicht mehr erkannt.

Montemartini studierte Volkswirtschaft und weilte seiner Studien halber auch längere Zeit in Berlin, Leipzig und Wien. Von seinen Veröffentlichungen ist vor allem ein Werk über Kommunalsozialismus hervorzuheben und eine vor wenigen Jahren erschienene Studie über die mathematische Schule in der Volkswirtschaft. Als vor etwa 15 Jahren die Mailänder „Umanitaria“ das erste Arbeitsamt in Italien schuf, wurde Montemartini zum Direktor berufen. In der Folge wurde das Reichsarbeitsamt gegründet, und unser Genosse, trotz seiner Jugendigkeit zur Partei, mit der Leitung beauftragt. Vor drei Jahren ernannte man ihn wegen seiner unabweisbaren Autorität auf statistischem Gebiet zum Generaldirektor des statistischen Reichsamtes, in welcher Stellung er große und entscheidende Neuerungen einführte und eine Neuordnung der ganzen Reichsstatistik durchzuführen begann. Das neue reichsstatistische Jahrbuch, das große Vorzüge vor den bisher in großen Abständen erscheinenden Berichten hat, ist ganz von Montemartini geschaffen worden.

Noch mehr zu bewundern als die unermüdliche Arbeitskraft des Mannes war aber der Raff und die Würde, mit denen er seine Stellung als hoher Staatsbeamter mit seiner Eigenschaft als Sozialist zu vereinigen verstanden hat. Als es die Etikette gebot, zu Hofe zu gehen, blieb Montemartini, der sich vor allem als Sozialist fühlte, einfach zu Hause.

Im Parallelen war Montemartini diszipliniert und äußerst bescheiden. Ein Sektionsbeschluss der römischen Partei genügte, um ihn zur Niederlegung seiner Stadtratsstelle gerade zu einer Zeit zu bewegen, wo der Kampf um die Munizipalisierung am schärfsten war. Ein Beweis seiner Diszipliniertheit war es auch, daß er die Kandidatur als Stadtverordneter der sozialistischen Minorität wieder annahm, ein Amt, in dessen Erfüllung den Unermüdlichen der Tod überreichte. Ein anderes, nämlich nicht leichtes Opfer brachte er seiner sozialistischen Ueberzeugung als er, der einer der ersten Fechter Italiens war, die Qualifikationen ablehnte, die sich an die freigeistliche Demonstration im Kapitel anschlossen.

Von einer roten Nöhne bedeckt, liegt jetzt die Leiche im Fahrensaal des Kapitols. Städtische Ehrgenossen in Galauniform halten ihm die Ehrenwache und die Stadthalle des Kapitols weht auf Halbwohl. Viele trauern um ihn. Als erster war heute in aller Frühe der Minister für Landwirtschaft, Industrie und Handel zu dem Toten geeilt, direkt von der Bahn, wo er die Nachricht erhalten hatte. Seitdem war es eine unausgesehete Pilgerschaft, Freunde und Genossen, Vorgesetzte und Untergebene; Männer der Wissenschaft und Arbeiter sind zur Wache geeilt, um das Unglaubliche zu begreifen, daß soviel Leben, Energie und Kraft über Nacht vom Schicksal gefällt werden konnte. Aber vor allem trauern wir Sozialisten um ihn, denn „er war unser“, grad und tüchtig und treu, von tiefer milder Wärme, wie alle Spanier, war er mit Leib und Seele Sozialist.

Aus der italienischen Partei.

Rom, den 7. Juli. (Fig. Ver.) Das Organ der außerhalb der Partei stehenden Reformisten, die wöchentlich erscheinende „Unione Socialista“, bringt die Nachricht, daß der Mailänder Generalstreik die noch in der Partei verbleibenden Reformisten von der Notwendigkeit überzeugt hätte, aus der Partei auszutreten, um mit ihren früheren Gesinnungsgenossen, den Rechtsreformisten, gemeinsame Sache zu machen. Es heißt in dem Blatt, daß demnach eine Zusammenkunft in Rom stattfinden werde, bei der sich die beiden Flügel des Reformismus ins Einvernehmen setzen wollen. Im „Avanti“ vom 6. Juli wird diese Nachricht von Turati selbst, der der Notiz zufolge einer der Anwohner des Versöhnungs- oder Spaltungsbereichs (wie man es nennen will) sein soll, bemerkt. Der Wunsch, in etwas zahlreicherer Gesellschaft den gegenseitigen Sozialismus betätigen zu können, war wohl der Vater der merkwürdigen Notiz.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

104 Verurteilungen!

In den verflochtenen sechs Monaten des Jahres 1913 wurden gegen sozialdemokratische Redakteure nicht weniger als 104 Urteile gefällt. Es wurden in dem genannten Zeitraum an Strafen verhängt: 39 Monate 8 Wochen Gefängnis und 10 745 M. Geldstrafe. Der Monat April weist den höchsten Stand der Verurteilungsziffern auf, der Januar den niedrigsten.

Auch für die Arbeiterpresse ist 1913 ein „Opferjahr“.

Jugendbewegung.

Der Kultusminister gegen den Schickung.

Wiederholt haben wir an konkreten Fällen nachgewiesen, daß bei Veranstaltungen bürgerlicher Jugendvereine der Schickung einen bedrohlichen Umfang angenommen hat. Nun sieht sich auch der geistige Führer der bürgerlichen Jugendbewegung in Preußen, der preussische Kultusminister, gezwungen, gegen die Spielerei mit Schickung vorzugehen. In einem Erlaß ordnet er an:

„Der Gebrauch von Schickung bei Veranstaltungen für die schulentlassene männliche Jugend führt leicht zu Unzuchtigkeiten und Unfällen. Ich erlaube daher ergebenst, diesem Gebrauch durch Vermittlung der Jugendpflegevereine und in sonst geeigneter Weise entgegenzuwirken.“

Wenn der Kultusminister, der in der Wahl von Bodmitteln zur Gewinnung der arbeitenden Jugend eine bewundernswürdige Weisheit gezeigt hat, gegen den ihm bekämpften Jungdeutschlandbund diese derbe Tonart anzuschlagen für nötig hält, so müssen die Jungdeutschen es gewiß arg getrieben haben.

Ob zwar der ministerielle Erlaß auf die jungdeutschen Leuten einen Eindruck machen wird, dürfte zu bezweifeln sein. Diese Leuten hängen viel zu sehr an ihren militärischen Faxen, als daß sie davon lassen könnten. Sie aber durch Entziehung staatlicher Unterhaltungen und durch strafrechtliche Verfolgungen zur Anerkennung seiner Maßnahmen zu zwingen, dazu dürfte wiederum dem preussischen Kultusminister der Mut fehlen. Warten wir es einweisen ab.

Letzte Nachrichten.

Die Niederlage Kröchers

bei der Stichwahl in Salzweil-Gardelegen.

Gardelegen, 10. Juli. (W. L. B.) Bei der Reichstagsstichwahl im Wahlkreis Salzweil-Gardelegen erhielt v. Kröcher (L.) 11 100 Stimmen, Dr. Boehme (Vdd.) 12 808 Stimmen. Die Ergebnisse einiger kleiner Ortswahlkreise stehen noch aus. Die Wahl Dr. Boehmes gilt als sicher.

Für Dr. Boehme stimmten geschlossen die Sozialdemokraten, während für v. Kröcher die Wähler seines konservativen Gegenkandidaten Schulz-Ritze eintraten. Die Hauptwahl am 2. Juli hatte folgendes Resultat: Bergemann (Soz.) 1929, Dr. Boehme (natl. Bauernbund) 10 764, v. Kröcher (L.) 6999, Schulz-Ritze (W. d. L.) 4045 Stimmen.

Serbien Bedingungen für einen Waffenstillstand.

Wien, 10. Juli. (R.-L.) Serbien, welches lebhaft das Ende des brudermörderischen Kampfes herbeisehnt, würde dem Eintritt eines Waffenstillstandes, wie der „Wiener Allgemeinen Zeitung“ aus Belgrad gemeldet wird, nur unter der Bedingung zustimmen können, daß vorher ein völliges Uebereinkommen über die wichtigsten Punkte des Friedensvertrages erzielt worden ist. Man befürchtet in Belgrad nämlich, daß Bulgarien einen eventuellen Waffenstillstand nur dazu benutzen würde seine militärischen Positionen zu verstärken und neue kriegerische Operationen gegen Serbien und Griechenland vorzubereiten, um ihnen die Früchte ihrer bisherigen Erfolge wieder zu entreißen.

Türkische Forderungen an Bulgarien.

Konstantinopel, 10. Juli. (W. L. B.) Nach Meldungen aus informierten Kreisen verlangte die Porte von Bulgarien nicht die Feststellung der Grenzlinie, sie ist jedoch entschlossen, sofort nach der Klärung der Bestimmung der Grenzlinie zu fordern; diese soll durch eine internationale Kommission erfolgen. Inzwischen würde die Porte die Feststellung einer neutralen Zone zwischen beiden Armeen verlangen.

Rumänien auf dem hohen Pferde.

Bukarest, 10. Juli. (W. L. B.) Der Handelsminister veröffentlicht folgende Mitteilung: Es liegt kein Grund vor für den Erlaß eines Moratoriums, die Zahlungsverpflichtungen der Mobilisierten werden jedoch hinausgeschoben. Die Finanzlage des Landes ist derartig, daß sie allen zu erwartenden Anforderungen gewachsen ist und daß Anleihen nicht notwendig sind.

Der Streik in Mühlhausen.

Mühlhausen i. G., 10. Juli. (W. L. B.) Die Lage im Streikgebiet ist auch heute ruhig und unbedenklich. Am Abend stehen Bürgermeister und Polizeipräsident folgenden Maueranschlag anbringen: Ueber die gütliche Beilegung der bei den Bauarbeiten am Nordbahnhof entstandenen Streitigkeiten sind heute auf der Generaldirektion der Reichseisenbahnen in Straßburg im Beisein von Abgeordneten und Behörden Verhandlungen eingeleitet worden, die in einer morgen vormittag um 10 Uhr auf dem Rathaus stattfindenden Zusammenkunft der Beteiligten fortgesetzt werden. Nachdem die Firma Julius Berger sich zu einem Einigenkommen bereitwillig erklärt, ist ein günstiger Abschluß der Verhandlungen zu erwarten und eine baldige Beilegung des Streiks dürfte erfolgen. — Nachmittags wurden die beiden bei dem Streik erkrankten Umgekommenen unter außerordentlicher Beilegung der Arbeiterschaft in Dornach beerdigt.

Russisches.

Winnik, 10. Juli. (W. L. B.) Gestern spät abends entdeckte die Polizei in einer Synagoge eine Arbeiterversammlung, an der vierhundert Personen teilnahmen. Um der Verhaftung zu entgehen, sprangen viele von den Teilnehmern aus den Fenstern des zweiten Stockes und erlitten Verletzungen. Es wurden 76 Personen verhaftet.

Kaffee

frisch gebrannt, besonders preiswert. 1/2 Pfund

60 Pf.

A. Jandorf & Co

Spittelmarkt Belle-Alliancestrasse Grosse Frankfurterstrasse Brunnenstrasse Kottbuser Damm

Wurstwaren

- Cervelat- oder Salamiwurst Pfund **1.40**
- Teewurst Pfund **1.10**
- Landleber- od. Rotwurst I Pfund **95 Pf.**
- Berliner Mettwurst Pfund **78 Pf.**
- Zwiebel- od. Rotwurst .. Pfund **55 Pf.**
- Schinkenspeck Pfund **1.10**
- Speck ^{fest} Pfund **78 Pf.** ^{mager} Pfund **95 Pf.**

- Neue Kartoffeln 5 Pfund **30 Pf.**
- Erdbeeren Pfund **35 Pf.**
- Blaubeeren Pfund **20 Pf.**
- Johannisbeeren Pfund **20 Pf.**
- Pflaumen Pfund **30 Pf.**
- Tafelbirnen Pfund **30 Pf.**
- Tomaten ^{im Original-Käfig} Brutto für Netto Pfund **15 Pf.**

Lebensmittel

Soweit Vorrat. (Nicht am Spittelmarkt) Verkauf nicht an Wiederverkäufer.

Frisches Fleisch

(Nicht am Kottbuser Damm)

- Schweinebauch Pfund **75 Pf.**
- Schweinekamm o. Schuft Pfund **95 Pf.**
- Rinderkamm o. Querrippe Pfund **70 Pf.**
- Schmorfleisch ^{in Knochen} Pfund **90 Pf.**
- Rückenfett Pfund **60 Pf.**
- Hammelkeule ... Pfund **95 Pf.**
- Hammeldünnung Pfund **80 Pf.**
- Dicke Rippe Pfund **85 Pf.**
- Kalbskamm Pfund **80 Pf.**
- Kalbsbrust oder Bug ... Pfund **80 Pf.**

- Kassler Pfund **90, 98 Pf.**
- Junge Gänse Pfund **68, 78 Pf.**
- Junge Hühner Stück **80, 1.10**
- Tauben Stück **50, 60 Pf.**

Butter und Käse

- Molkereibutter 1/2 Pfund-Paket **60 Pf.**
- Schweizer Käse Pfund **90 Pf.**
- Tilsiter Käse Pfund **85 Pf.**
- Edamer-Käse Pfund **95 Pf.**
- Brie-Käse Pfund **55 Pf.**
- Limburger Käse Pfund **45 Pf.**
- Romatour Käse Stück **28 Pf.**
- Harzer Käse 4 Stück **10 Pf.**

- Kirschen sauer Pfund **30 Pf.**
- Junge Kohlrabi Mandel **15 Pf.**
- Junge Mohrrüben Bund **5 Pf.**
- Junge Schoten ... Pfund **13 Pf.**
- Blumenkohl Kopf **15, 25 Pf.**
- Grüne Gurken Stück **10, 15 Pf.**
- Bananen Pfund **28 Pf.**

- Puddingpulver, Rote Grütze gefärbt, in versch. Geschmack 5 Pack. **28 Pf.**
- Vanillen Säucen-Pulver 3 Pack. **20 Pf.**
- Himbeersaft 1/2 Flasche **50 Pf.**
- Kakao Pfund **68, 95 Pf.**
- Kaffee frisch gebrannt, 1/2 Pfund **65, 70, 75 Pf.**
- Pommersche Flundern ^{geräuchert} Pfund **35 Pf.**
- Matjes Heringe Stück **8, 12 Pf.**
- Rollmops 5 Stück **18 Pf.**

EMAILLE enorm billig

- Kasserollen 15, 20, 25, 30 Pf.
- Durchschläge 32, 38, 42, 48 Pf.
- Wandschoner dekoriert 95 Pf.
- Wasserkessel dekoriert **1.15**
- Brotbüchsen verschied. Größen **2.45**
- Wassereimer sortiert, Farben ca. 28 cm **68 Pf.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. — C. 54, Linienstr. 83/85. Telefon: Amt Sorben 185, 1939, 1967, 9714.

Am Montag, den 14. Juli 1913, abends pünktlich 8 1/2 Uhr findet eine **außerordentliche Generalversammlung** unserer Verwaltungsstelle statt im großen Saal der Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain 23.

Der internationale Metallarbeiterkongress in Berlin.

Mitgliedsbuch und Legitimationsskarte sind vorzuzeigen; ohne diese kein Zutritt. Vertretung ist nicht zulässig. Besondere Einladungen erfolgen diesmal nicht. Die Ortsverwaltung.

Tod u. Teufel

Reichel's **Wanzen-Fluid** „Radikal“ tötet die Wanzen auf der Stelle, ist absolut nicht bedenklich. 50 Pf., 1, 2, 3 Liter, 5 Spritzappar. 50 Pf. u. 1.50

Reichel's **Schwaben-Spezialpulver** „Poudre Martial“ unfehlbar sicher zur Schwaben-Abtötung. 50 Pf., 1, 2, 3 Liter, 5 Spritzappar. 50 Pf. u. 1.50

Totale restlose Vernichtung der Brut.

Reichel's **Motten-Pulver**, unvergänglich. 50 Pf., 1.2 Pf., 3 Pf. Aether, wahlrischend. 75 Pf., 1.50 u. 2.50

Seit über 20 Jahren als sicherer Mottenschutz bewährt.

Reichel's Spezialmittel sind von ungeheurer Stärke und übermächtiger Wirkungskraft.

Man kauft in den **Drogerien** nur Reichel's Original- Packungen u. vermeide unwirksame Nachahmungen. Einzig echt nur mit Marke **Tod u. Teufel.**

Alleiniger Fabrikant **Otto Reichel, Eisenbahnstr. 4, Fernspr. 4751-53.**

Anerkennungen aus aller Welt.

Spüle mit **Henkel's Bleich-Soda.**

Ziehung 15. und 16. Juli

Jubiläums-Lose à 1 Mk.

11 Lose für 12 Mk. [Porto u. Liste an nachstehende Adresse] [25 Pf. extra]

20000 Lose, 4500 Gewinne, Gesamtw. M.

60000
20000
10000

Lose in allen Lotteriegeschäften, Lose-Verkaufsstellen u. durch Gene abgelobt

Lud. Müller & Co.
in Berlin W., Werderscher Markt 10.
Telegr.-Adr. Gildemüller.



JOS ETTI

CIGARETTEN

Aus den Gutachten und Anerkennungen über „**Boa-Lie**“

Ich halte Boa-Lie für eines der besten, wenn nicht das beste alkoholarme Getränk, das ich kenne. Es ist erfrischend und dauernd wohlgeschmeckend. Wegen seiner Vorzüglichkeit erlösen mir Boa-Lie endlich als das ersehnte Getränk, das imstande sein würde, den Kampf mit dem Alkohol aufzunehmen. Von allen alkoholarmen Getränken hat Boa-Lie das Zeug dazu, volkstümlich zu werden.

Dr. W. R., Geheimer Hofrat, München.

Boa-Lie ist zu beziehen durch alle einschlägigen Geschäfte oder durch **Boa-Lie G. m. b. H., Berlin-Charlottenburg 2** Charlottenburger Ufer 70 / Fernspr.: Amt Steinplatz 1904, 4661

Gewerkschaftliches.

Die Entwicklung der Tarifverträge in der Holzindustrie.

Seit dem Jahre 1907 betreibt der Deutsche Holzarbeiterverband eine planmäßige Tarifpolitik und seit dieser Zeit nimmt er auch alljährlich eine Statistik über den Stand der Tarifverträge auf.

Table with 4 columns: Jahr, Zahl der Tarifverträge, Zahl der Betriebe, Zahl der unter den Verträgen fallenden Arbeiter.

Aus dieser Tabelle ist zu erkennen, daß die Zahl der Tarifverträge viel stärker wächst, als die Zahl der ihnen unterstehenden Arbeiter.

Table with 4 columns: Betriebe, Verträge, Insgesamt Betriebe, Personen.

Die abgeschlossenen Verträge sind in steigendem Maße das Ergebnis einer friedlichen Verständigung zwischen den Parteien.

Durch die Verträge werden die Arbeitsbedingungen nach den verschiedensten Richtungen geregelt.

Kleines feuilleton.

China als Erzieher. Die deutsche Kultur ist durch die Nachricht erfreut worden, daß im Laufe der nächsten Saison bei Max Reinhardt eine „romantisch-groteske“ Komödie einstudiert werden soll.

Wenn man diesen Tatbestand einen Augenblick überdenkt, muß man notwendig zu sehr erfreulichen Resultaten kommen.

Die politische Verflümmelung, die die deutsche Geschichte aufweist, hat zu einer klassischen Blüte der Philosophie, Kunst und Dichtung geführt.

In keinem Kulturland der Erde hat das Theater eine so glorieuse Tradition und eine so ernste Bedeutung wie in Deutschland.

Aus eben dem Grunde hat auch bisher kein Land der Erde unsere segensreichen „Freien Volkstheater“ nachschaffen können.

Selbst im literarisch hoch kultivierten Skandinavien haben die Verfassungen keinen rechten Erfolg gehabt.

Was kann dem deutschen Volk unter diesen Umständen wohl näher liegen, als seine Dramen aus Amerika zu holen?

In eben dem Amerika, in dem die merkantile Entwicklung zu einer urchwundlichen gewordenen Barbarei des Geschmacks geführt hat?

Und wie notwendig ist nicht der Import eines Dramas, das von seinen Fabrikanten dem erhabenen Vorbild des chinesischen Dramas nachgemacht worden ist?

Wie könnte ein amerikanischer Autor seine selbstgeschöpfte Originalität wohl besser beweisen, als indem er in chinesischen Worten spekuliert?

Wenn ein amerikanischer Barbar sich mit der chinesischen Barbarei zusammentut, muß unbedingt die künstlerische Mischung herauskommen.

trügen zutage. Der Achtstundentag ist auch in der Holzindustrie keine Utopie mehr; in 4 Verträgen für 11 Betriebe und 25 Beschäftigte ist eine Arbeitszeit von 48 Stunden wöchentlich tariflich festgelegt.

Die Normierung des Lohnes in den Verträgen weist erhebliche Unterschiede auf. In manchen Verträgen, insbesondere dort, wo Affordarbeit üblich ist, fehlt eine Lohnfestsetzung überhaupt.

Table with 5 columns: Pfennig, Mindestlohn in Beträgen, Mindestlohn mit Personen, Durchschnittslohn in Beträgen, Durchschnittslohn mit Personen.

In den Tarifverträgen sind so ziemlich alle Branchen beteiligt, die im Holzarbeiterverband vertreten sind.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Betonbauarbeiter! Der Bau Reubenburger Straße 8, Unternehmer Berliner Eisenbeton, Wand- und Dedenbau G. m. b. H., Inhaber Richard Fischer u. Krüger, ist für organisierte Zementierer, Einschaler und Hilfsarbeiter gesperrt.

Refothorium befaßt. Es hat sich gezeigt, daß dieses Radiumpräparat entweder nach der Operation die wirkliche Heilung bringt, indem es die Geschwulst vollständig beseitigt, oder vor der Operation die sonst nicht angreifbare Geschwulst verkleinert.

Inzwischen aber hat die den städtischen Krankenanstalten in Düsseldorf angegliederte Akademie für praktische Medizin auf Grund sorgfältiger Vorarbeiten das Fundament dafür geschaffen, daß die Akademie zu einem wissenschaftlichen und praktischen Mittelpunkt des neuen Heilverfahrens gemacht werden kann.

Eine Roger-Bacon-Feier. Im nächsten Jahr sind 7 Jahrhunderte seit der Geburt des berühmten Rönchs Roger Bacon verfloßen, des Mannes, der am Ausgang des Mittelalters für die naturwissenschaftliche Erkenntnis kaum weniger geleistet hat, als Aristoteles im Altertum.

Humor und Satire. Der „Bruderkrieg“. Nun zehret nicht vom Bruderkrieg, Ahe Heuchler wohlgeborgen, Denn was ihr heut vermaledeit, Wird angedetel morgen.

Gastwirtsgehilfen! Zu den schwebenden Differenzen zwischen der Betriebsleitung der Happpold-Brauerei und der Organisation sei auf verschiedene Anfragen mitgeteilt, daß die bisherigen Verhandlungen zu einem Ergebnis noch nicht geführt haben.

Deutsches Reich.

Die Tischler in der Umgebung Stettins konnten bisher keine geregelten Arbeitsverhältnisse. Ihre tägliche Arbeitszeit betrug wohl in der Regel 10 Stunden, ihr Lohn wurde nach Gutdünken des Arbeitgebers bezahlt.

Unternehmer über die Hingegardisten.

Vor kurzem hatte in der Hessischen Aktienbrauerei zu Kassel das gesamte Personal, 76 Mann, die Arbeit niedergelegt, um den Uebergriff eines Braumeisters — eines Dr. phil. und Referentoffiziers — der vom Brauereibetrieb fast gar nichts versteht, wirksam entgegenzutreten.

Die Stellmacher Königsbergs sind in den Streit getreten. Sie fordern Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden, einen Mindestlohn von 40 Pf. pro Stunde, vom 1. Juli 1914 50 Pf. pro Stunde.

Ausland.

Die Verurteilung der Mailänder Syndikalisten.

Die während des Mailänder Metallarbeiterstreiks verhafteten Syndikalisten, die der Aufregung zum Aufbruch, der Bildung einer verbrecherischen Vereinigung und des Bergehens gegen die Freiheit der Arbeit angeklagt worden waren, sind soeben abgeurteilt worden.

Die Situation in Südafrika.

Montag begruben die Arbeiter von Johannesburg ihre ersten Toten. 12 000 Arbeiter gingen nach Verufen geordnet hinter den Leichen her.

Und was ihr alle Tage tut, Im Dreieck über Wägen, — Wer weiß — es färbt schon nächstes Jahr Mit Bruderblut den Nasen.

Was sind denn euer Christentum Und euer Titanen — Das beste daran ist und bleibt, Daß alle Brüder seien.

Al euer Friedensdrüfung geht Auf langjähriges Wunden, Und was ihr hier im stillen spürt Ist Wahrheit dort geworden.

Brüdt auch die Bestie „Gottes Heil“, Wo blut'ge Fahnen fliegen — Ein jeder Krieg ist Bruderkrieg Nordbrennen jedes Siegen.

Frig Sänger.

Notizen.

Kapital und Presse. Wilhelm Herzog, der glühende Kleist-Biograph und stets sprunghafte radikale Tageschriftsteller, hat der Zeitschrift „März“ einen neuen forschenden Charakter aufgedrückt.

Kunstchronik. Im Kupferstichkabinett der Agl. Museen sind Zeichnungen von Pieter Bruegel dem Älteren und Kupferstiche nach ihm aufgestellt.

Ein Redi-Roman ist in einem Berliner Verlag unter dem Titel: „Die Weichte des Spions, nach hinterlassenen Papieren des Obersten R.“ erschienen.

Zur Hebung des Fremdenverkehrs werden heutzutage alle möglichen Mittel angegriffen gegen den guten Geschmack unternommen.

Ein Verband von Filmautoren ist jetzt in Paris gegründet worden. Die Hauptziele der neuen Organisation sind, Schutz der materiellen und moralischen Interessen der Mitglieder.

Das gestohlene Bild des spanischen Malers Goya, das in der jetzt versteigerten Auerwellsammlung Remes — die übrigens mehr den Kunsthändlern als diesem Rägen (auf Aktien) gehörte — entdeckt wurde, ist an den Prado zurückgegeben worden.

nach Hause zu begeben. Unter den Kränzen befand sich einer von der Sozialistischen Partei, der die Aufschrift trug: „Zum Andenken an unsere Märtyrer, die von der Kapitalistenklasse mit solchem Blut menschlungs ermordet worden sind.“ In Praetoria, dem Sitze der Regierung, legte es die Menge durch, daß die Fahnen auf den Regierungsgebäuden zum Zeichen der Trauer auf halben Mast gehißt wurden. Ein Mann mit einem Revolver in der Hand begleitete den Portier aufs Dach, damit der Wille des Volkes ausgeführt werde. Dieser Vorfall zeigt deutlich, daß die Niedermelungen ihren Zweck, die Arbeiterschaft einzuschüchtern, nicht erreicht haben. Die Situation ist überhaupt nicht so ruhig und klar, wie sie Lord Gladstone gestern in einem Telegramm an den englischen Kolonialminister schilderte. Es hat den Anschein, als ob diese Meldung lediglich geschickt wurde, um zu verhehlen, daß die Verwendung englischer Militärs gegen die Bergarbeiter im Parlament diskutiert werde.

Die Arbeiter haben einen neuen Erfolg zu verzeichnen. Die Regierung hat den Streikführern, die bei den Ministern Pötha und Smith gestern vorstapfen, versprochen, die Frage der Verurteilung der Verwundeten und Hinterbliebenen der Gefallenen sofort zu untersuchen. Auch hat sie die Streikführer ermächtigt, öffentlich zu erklären, daß für den Rest in der Klausel 2 des am letzten Sonnabend abgeschlossenen Vertrags, der von der Beschädigung der Streikbrecher handelt, allein die Regierung verantwortlich sei und daß die Streikführer nichts damit zu tun gehabt hätten. Die Forderung, die Regierung möge eine Amnestie erlassen, wurde von den Ministern jedoch verworfen. Der Vertrag wird von einem Teil der Arbeiter, und zwar von dem regimäntlich viel kritisiert. Man liest in den in London einlaufenden Berichten von der Gründung eines neuen, revolutionären Gewerkschaftsbundes. Doch derartige Meldungen sind mit großer Vorsicht aufzunehmen. Zu Anfang der vorigen Woche las man in den südafrikanischen Berichten, daß der Gewerkschaftsbund, der den Generalkonferenz proklamiert habe, eine revolutionäre, syndikalistische Organisation sei. Demnach wäre also eine zweite syndikalistische Organisation ins Leben gerufen worden. Derartige Berichte stammen von in England zahlreichem Journalisten, die jede Gewerkschaft als syndikalistisch bezeichnen, die sich nicht immer duft und menschentüch verhält. Man hört auch, daß die Arbeiter mit dem Vertrag unzufrieden sind, weil er ihnen nicht das gebracht hat, für das sie kämpften. Und hier stoßen wir auf ein wichtiges Moment in diesem Kampfe, das von der kapitalistischen Presse entweder wissenschaftlich oder unwissenschaftlich übergangen worden ist.

Woher diese furchtbare Aufregung, die sich der Bergknappen in der Goldstadt bemächtigt hat? Ein „Harry Miller“ gesehener Brief, der heute in einem Teil der Londoner Presse erscheint, gibt Antwort auf diese Frage. Es heißt dort:

„Als ein in England auf Besuch weilender Südafrikaner habe ich vergebens in der Tagespresse nach einem Bericht gesucht, der die Anschauungen der Arbeiter über den Bergarbeiterstreik am Rand wiedergibt. Ich verließ Südafrika ganz zu Anfang des Streikfalles. Die Unzufriedenheit unter den Bergarbeitern hatte sich seit zwei Jahren gezeigt. Man kann leicht begreifen, wie die Verhältnisse sind, unter denen die Arbeiter schaffen müssen, wenn man bedenkt, daß der Bergarbeiter am Rand durchschnittlich nur 5 Jahre zu leben hat. Die Sterblichkeitsziffer unter den schwarzen Eingeborenen ist so groß, daß sich die Regierung gezwungen sah, die Rekrutierung von Eingeborenen aus gewissen Teilen Südafrikas zu unterlagen.

Eine Untersuchungskommission über die Lungenschwindsucht der Bergarbeiter hat entschieden, daß diese Krankheit als eine Berufskrankheit zu betrachten sei, für die das Unfallversicherungsgesetz in Betracht komme. Aber trotz des Entscheids dieser Kommission hat die Regierung mit Unterstützung ihrer Freunde, der Bergwerksbesitzer, beschlossen, den von dieser Krankheit Betroffenen nur eine jämmerliche Unterstützung zu gewähren, eine Unterstützung, die nicht einmal genügt, um ihre Rückreise nach England zu bezahlen, wo sie die ihnen noch gebliebenen kurze Lebensfrist in Not und Elend verbringen. (Der Briefschreiber bezieht sich hier auf ein im letzten Jahre angenommenes Gesetz.)

Die Regierung brachte eine Vorlage zur Einführung des Achtstundentages ein. Die Grubenbesitzer legen dieses Gesetz so aus, daß die acht Stunden mit dem Beginn der Arbeit vor dem Ort anfangen. In vielen Fällen dauert es eine Stunde, den Schacht hinabzusteigen, wenn die Grube 4000 Fuß tief ist und ein weiterer langer Weg bis zur Arbeitsstelle macht den Arbeitstag in vielen Fällen 11 oder 12 Stunden lang. Bei den letzten Wahlen wurde den Bergarbeitern der Achtstundentag versprochen, und viele Mitglieder der Unionistischen Partei verdanken dieser Maßregel ihren Sitz. Man hat die Bergarbeiter geküßt.

Es ist die Politik der Grubenbesitzer, so viele Eingeborene wie möglich zum Nachteil der Weißen zu beschäftigen. Der Hauptzweck des Streiks ist, dem System der Maßregelungen ein Ende zu bereiten. Die Randgruben haben das System der schwarzen Listen eingeführt, wodurch ein einmal entlassener Bergarbeiter in einer anderen Grube am Rand keine Arbeit mehr finden kann. Es ist schwer für jemand, der in England ist, sich die Lage zu veranschaulichen. Die Feststellung genügt, daß zugegeben wird, daß in seinem anderen Lande (mit Ausnahme von Sibirien vielleicht) der Arbeiter unter solchen unmenslichen Bedingungen schaffen muß. Wenn ein Arbeiter in einer Grube Arbeit annimmt, weiß er, daß er nur 5 Jahre zu leben hat, und wenn er entlassen wird, weiß er, daß er nirgendwo Arbeit finden kann.

Am Schluß möchte ich darauf hinweisen, daß die Bergarbeiter am Rand keine starke Gewerkschaft haben; die große Mehrheit ist in der Tat überhaupt nicht organisiert. Sie haben keine Streiklisten, und man kann leicht die Verweigerung verstehen, zu der sie getrieben wurden, als sie sich entschlossen, ein für alle Mal diesem entsetzlichen Gemelch ein Ende zu machen.

Die Erklärung der Bergwerkstammer in bezug auf Agitatoren ist eine alte Geschichte. In Wirklichkeit ist es den Streikführern stets schwer gewesen, die Arbeiter vom Streiken zurückzuhalten. Sie sind immer für geschickte parlamentarische Methoden eingetreten; und auf das Parlament zu warten, würde heißen, zu warten, bis alle afrikanischen Gruben erschöpft sind.“

Nach der Abfassung des Briefes zu urteilen, ist der Verfasser selbst ein Bergarbeiter. Auch von anderen Seiten kommen sehr Schilderungen von dem trostlosen Elend der Bergknappen. So lesen wir in einem Blatt eine Beschreibung der elenden Pfläten, in denen die Goldgräber hausen müssen. Nicht bei den überlebenden Schutthäufen der Gruben sind diese eng aneinander aufgestellt. Die Wassertrümpel ringsum sind durch das bei der Goldgewinnung gebrauchte Cyanid vergiftet. Ein Gärchen haben die Pfläten zwar; aber wer wagt sich einen Garten anzulegen, wenn er täglich darauf gefaßt sein muß, innerhalb 24 Stunden auf die Straße gemorren zu werden?

In Londoner Finanzkreisen denkt man schon an die möglichen politischen Folgen des Streiks. So meint die „Financial Times“: „Was auch die unmittelbaren Folgen des Streiks sein werden, ist es unglücklicherweise sicher, daß die verhältnismäßig neue Arbeiterpartei in Südafrika einen Anstoß erhalten hat, der im Laufe der Zeit eine Lage der Dinge erzeugen wird, die denen, die im australischen Commonwealth obwalten, ähnlich sind.“ Doch sich die Arbeiter von den Grubenmagnaten, von denen sie bisher politisch getrennt worden sind, loslösen würden, war stets die größte Furcht der Goldgrubenbesitzer. Schon im Jahre 1902 wandte sich ihr Hauptvertreter deswegen gegen den Vorschlag, den südafrikanischen Kolonien eine Verfassung zu gewähren. Augenblicklich sind sie mit der Regierung so heiß zu frieren. Pötha befindet sich in einer ähnlichen Lage wie Pontius Pilatus, als dieser sich gezwungen sah, den gefährlichen Agitator auszuliefern. Parteil der Vorengenerall nicht, so wird ihn die internationale Kapitalistenbande, die die Gruben besitzt, beim Kaiser denunzieren, daß er kein guter britischer Bürger ist und die Reichseinheit untergräbt. Eine Regierung der Arbeiter und kapitalisteneinlichen Büren würde mit der schändlichen Wirklichkeit der Grubenmagnaten bald aufrechnen.

Aus Industrie und Handel.

Das Liebeswerben um den Bergfiskus.

Je näher die Zeit für die Erneuerung oder — Auflösung des Rheinisch-Westfälischen Kohlenfundilats heranzieht, um so heifer werden die Bemühungen, auch den Fiskus hineinzuziehen. Das geht von neuem aus einer Darstellung „aus dem Ruhrkohlenbezirk“ in dem „Berliner Börsen-Courier“ hervor. Diese Zeitschrift wendet sich gegen die Verbraucher (Großhändler), die einen bisher vergeblichen Kampf gegen das Syndikat führen. Es heißt darin:

Die zukünftige Stellung des preussischen Bergfiskus zum Kohlenfundilat ist eine Frage, deren Lösung bei einer Erneuerung des letzteren eine große Rolle spielt. Daß sie im Sinne der vereinigten Ruhrkohlenbesitzer, also durch den Beitritt des preussischen Bergfiskus zum Kohlenfundilat, gelöst werden könnte, bereitet denjenigen Stellen, die sich die Interessenvertretung der Kohlenverbraucher zur alleinigen Aufgabe gemacht haben, sichtlich Unbehagen. Seinerzeit waren sie zwar des Lobes voll über das Vorgehen des preussischen Handelsministers, der im vorigen Oktober bei Gelegenheit der letzten Preisfestsetzung des Kohlenfundilats von dem zu Anfang des Jahres 1912 mit diesem geschlossenen Verkaufsabkommen zurücktrat, doch geriet ihre Zuversicht ins Wanken, als es vor einigen Wochen hieß, daß Geheimrat Kirdorf sich zu erneuten Verhandlungen mit dem Handelsminister nach Berlin begeben habe.

Wenn, wie gefordert wird, der Staat bei der Erneuerung des Kohlenfundilats die Interessen der Allgemeinheit wahren soll, so kann er dies nur dadurch, daß er gleichzeitig sich der Interessen nicht nur der Verbraucher, sondern auch der Produzenten annimmt. Doch er dies am besten tun kann, wenn er dem Syndikat beiträgt, bedarf keiner weiteren Erörterung.

Im übrigen werden auch die Kohlenverbraucher gut tun, ihr Heiß nicht einzig und allein beim Bergfiskus zu suchen, da bei diesem ihre Interessen nicht besser als anderswo gewahrt werden. Es braucht hierzu nur auf die Handelskammer Saarbrücken verwiesen zu werden, die jahrelang gegen die Preispolitik des Saarfiskus Stellung genommen hat.

Dieser Hinweis auf die Preispolitik des Fiskus, der selbst immer wieder zu Verteuerungen geschritten ist, muß leider nur als zu berechtigt erscheinen. Mit gewissem Hohn erinnert die Zeitschrift in diesem Zusammenhang auch an die Erklärung des jetzigen Handelsministers im preussischen Landtag am 20. Mai 1911, worin von der Notwendigkeit des Syndikats und den Gefahren einer Syndikatsauflösung gesprochen wurde. Wenn die Zeitschrift aber weiter sagt, daß der Beitritt des Fiskus zum Syndikat im vergangenen Jahre nicht in dieser im Jahre 1911 ausgesprochenen Auffassung des Ministers geändert habe, so müssen wir dem widersprechen. Die Minister des Syndikats noch heute für unumgänglich notwendig, so wäre er im vergangenen Jahre nicht um der relativ unangeordneten Frage einer einzelnen Preisfestsetzung willen ausgetreten. Wenn die Zeitschrift jetzt von neuem betont, daß ohne den Beitritt der Gruben des Staats eine Syndikatserneuerung nicht möglich ist, so muß von der Regierung um so mehr gefordert werden, daß sie ihren vorjährigen Standpunkt nicht verläßt und nicht die Sache der Konsumenten offen durch einen erneuten Beitritt verrät.

Ein Antrag auf Verstaatlichung der Bergwerke in England.

Die Arbeiterkammer hat einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der den Uebergang der Bergwerke in das Eigentum der Nation bezweckt und durch seine eingehende Behandlung der Entschädigungs- und der Betriebsfrage besondere Beachtung verdient. Nach dem Vorbild von Rußland soll ein Bergwerksministerium geschaffen werden. Entschädigung soll bezahlt werden: 1. der volle Wert aller vorhandenen Einrichtungen zur Förderung; 2. eine Abfindung für den Betriebseigenen; 3. Kommissionen von Vertretern der Minenbesitzer, der Bergarbeiter und des Publikums sollen unter Berücksichtigung des Reingewinns der letzten 5 Jahre und der voraussichtlichen Lebensdauer der Grube eine Summe festsetzen, die in keinem Falle den Betrag einer jährlichen Durchschnittsausbeute berechnet zu 12 Schilling bis zu 100 000 Tonnen, 10 Schilling die Tonne für den Restbetrag übersteigen darf; 4. keine Entschädigung soll für das „Bergbaurecht“, die feudale Abgabe an den Grundbesitzer, gezahlt werden. Da der Durchschnittsertrag gegenwärtig 261 738 046 Tonnen beträgt, ergäbe sich bei Zugrundelegung des 10 Schillinges eine Entschädigung von rund 131 Millionen Pfund Sterling (2675 Millionen Mark). Ausgezahlt in dreiprozentigen Staatspapieren wäre das eine Jahresabgabe von rund 80 Millionen Mark gegenüber einem Jahresertrag von 215 Millionen, wie er heute „verdient“ wird. Da fünfzehn Sechstel des Bergwerkseigentums in der Hand von Aktiengesellschaften liegt, wäre diese Umwandlung un schwer durchzuführen. Die Bedingungen, die sie für Arbeiter, Konsumenten und Staat im Gefolge haben würde, werden am Beispiel Rußlands, das mit dieser Reform vorangegangen ist, dargelegt. Dort wie in Australien liegt die Leitung des Bergbaues in den Händen der Regierung, die nicht nur die öffentlichen Betriebe, sondern den Gesamtbedarf zu versorgen und für ausreichende Vorräte Vorsehrung zu treffen hat. In Rußland beträgt die Zahl der Unfälle mit Todesfolge im Verhältnis zur Zahl der Beschäftigten nur ein Zehntel der englischen Zahl (4 statt 40 gegenüber 1000). Der Preis der Kohle fiel dort seit der Verstaatlichung von 35 auf 35 Schilling die Tonne (1,75 auf den 1,25 M. der jetzigen). Die Erhöhung der Löhne auf den Sach von 30 Schilling wöchentlich würde eine Mehrausgabe von rund 4 Millionen Pfund Sterling erfordern. Da aber ein Gewinn 10%, an Feudalabgaben 7 Millionen Pfund Sterling wegfielen, würden noch immer 13½ Millionen für Verzinsung, Preisüberhöhung und Kapitalabzahlung bleiben. Mit einem Aufwande von jährlich 5 Millionen für Ablösung wäre in etwa 20 Jahren der gesamte Bergwerksbesitz freies Eigentum der Nation, die man den gesamten Betriebsüberschuss zugunsten der Konsumenten und der Arbeiter verwenden könnte. — Eine ausdrückliche Bestimmung sichert den Arbeitern und Angestellten volles Koalitions- und Streikrecht sowie freie politische Betätigung in Staat und Gemeinde.

Man berechnet, daß die vorhandenen Kohlenvorräte noch für 250 Jahre ausreichen werden — sorgfamen Abbau vorausgesetzt. Das heutige System führt zur Vergeudung offenkundiger Kohlenvorräte auf der einen, zur Vernachlässigung schärferer zu gewinnender auf der anderen Seite. Auch dieser Gesichtspunkt zeigt die Notwendigkeit einer Verwaltung und Ausbeutung dieses wichtigen Bodenerzeugnisses im allgemeinen Interesse.

Soziales.

Die Neuwahlen zu den Organen der Krankenkassen und Versicherungsämtern in Preußen. Vom preussischen Handelsminister ist vor kurzem Anweisung an die Regierungspräsidenten über die Neuwahlen zu den Organen der Krankenkassen und Versicherungsämtern ergangen. Danach sind die Wahlen zu den Vorständen der neu zu errichtenden allgemeinen Ortskrankenkassen, sowie zu den Vorständen der aus bestehenden Kassen ausgestalteten allgemeinen Ortskrankenkassen in der ersten Hälfte des Monats November 1913 vorzunehmen. Dies setzt voraus, daß vorher, also Ende Oktober oder Anfang November, die Wahlen zu den neuen Ausschüssen der allgemeinen Ortskrankenkassen vorgenommen werden müssen. Bei neu zu errichtenden Kassen wird die Wahl von dem Gemeindeverband (Ratsrat oder Landrat), bei den ausgestalteten Kassen von dem bisherigen Vorstand ausgeführt. Es ist also an der Zeit, die Vorbereitungen für diese Wahlen zu treffen.

Die Wähler zu den Versicherungsämtern werden bekanntlich in indirektem Wahlverfahren durch die Vorstände der Krankenkassen gewählt. Nach jener Ministerialverordnung sind hierzu wahlberechtigt nur die neu gewählten Vorstände der allgemeinen Orts- und Landkrankenkassen, sowie die Vorstände der zugelassenen bisherigen Kassen. Die Vorstände der am 1. Januar 1914 zu schließenden Kassen sind danach nicht mehr wahlberechtigt. Als Termin für die Wahlen der Versicherungsvertreter zu den Versicherungsämtern ist die zweite Hälfte des Monats November 1913 bestimmt.

Die Wähler zu den Versicherungsämtern wählen dann im Monat Dezember die Wähler der Oberbergsicherungsämter.

Unzulässige Zeugnisse.

Zeugnisse sollen keine Urabdrücke sein. Sie sollen dem gewerblichen Arbeiter die Arbeitsgelegenheit nicht erschweren, sondern erleichtern. Die Gewerbeordnung — und in ähnlicher Weise das Bürgerliche Gesetzbuch und das Handelsgesetzbuch — begrenzt im Interesse des Arbeiters den Inhalt des auszufüllenden Zeugnisses. Das Zeugnis hat sich über die Art und Dauer der Beschäftigung zu äußern, auf Verlangen des Arbeiters ist es auch auf die Führung und Leistung auszudehnen. Zeugnisse, die mehr enthalten, kann der Arbeiter zurückweisen. Gegen die hinterlistige Art einiger Unternehmer, Arbeiter durch Merkmale auf den Zeugnissen in einer aus dem Wortlaut des Zeugnisses nicht ersichtlichen Weise zu kennzeichnen, hat das Gesetz Befugnis bis zu 6 Monate angeordnet.

Der offensichtlichste Zweck der Gesetzbefugnisse ist, dem Arbeiter die Arbeitsgelegenheit zu erleichtern. Arbeitgeber, die durch Mitteilungen auf Zeugnissen oder durch Vereinbarungen untereinander die Arbeitsgelegenheit zu erschweren suchen, sind zur Ausstellung eines dem Gesetz entsprechenden Zeugnisses und zum vollen Schadenersatz verpflichtet.

Trotzdem wird seitens der Arbeitgeber durch unzulässige Vermerke auf Zeugnissen und durch Abreden untereinander ein geschwinder Terrorismus gegen arbeitwillige Arbeiter, deren Selbständigkeit und Klassenbewußtsein ihnen nicht paßt, auszuüben gesucht. Das Reichsgericht (Zivilsenat) hat im Jahre 1903 sich gegen diese Hege von Arbeitgebern gegen Arbeiter gewendet. Da setzte eine Hege der Schorfmacher gegen das Urteil ein. Das Reichsgericht hat dann leider — wenn auch unter grundsätzlicher Aufrechterhaltung des Gesetzes, daß solche Arbeitgeber schadenersatzpflichtig seien — in der Praxis allmählich einen dem Schorfmachertum günstigeren Standpunkt eingenommen. Auch das Kammergericht hat seine frühere dem Sinn und Zweck des § 113 der Gewerbeordnung entsprechende Praxis hier und da zugunsten der Arbeiter geändert.

Die Gewerbegerichte haben in ihrer großen Mehrzahl sich von dem allein dem Gesetz entsprechenden Standpunkt nicht abdrängen lassen, daß in das Zeugnis keinerlei Bemerkungen gehören, die über den vom Gesetz begrenzten, oben flizierten Inhalt hinausgehen. Insbesondere ist es auch — entgegen einer Ansicht im Landmannschen Kommentar — unzulässig, in das Zeugnis einen Vermerk über Streikbeteiligung zu schreiben. In neuerer Zeit hat in einem auffälligen Erkenntnis das Gewerbegericht in Würzen denn auch einen solchen Vermerk für zulässig erachtet. Dies Erkenntnis ist jetzt vom Landgericht in Leipzig aufgehoben. Es handelte sich um folgenden Rechtsstreit.

Der Kläger war bis zum 5. Oktober 1912 bei einer Eisenwerkerei in Würzen als Dreher in Arbeit gewesen, hatte aber an diesem Tage mit dem größten Teile seiner Kollegen die Arbeit niedergelegt, da von der Organisation der Metallarbeiter, dem Deutschen Metallarbeiterverbande, ein Streik der Arbeiter dieser Giecherei in die Wege geleitet worden war. Auf das Ansuchen des Klägers, ihm ein Zeugnis auch über Führung und Leistungen auszustellen, war ihm befehleigt worden, er habe bis zum 5. Oktober, „wo er mit dem größten Teile der Arbeiterschaft in den Ausstand getreten sei“, bei der Giecherei in Arbeit gestanden, „mit seiner Führung sei man zufrieden gewesen“. Der Kläger verlangte ein Arbeitszeugnis, in dem die Ursache der Arbeitsniederlegung nicht zum Ausdruck gebracht sei. Das Gewerbegericht Würzen wies seine Klage ab, das Landgericht Leipzig dagegen gab ihr statt. Aus dem Entscheidungsrunden interessieren folgende Ausführungen: „An sich ist es zwar nicht unzulässig, auch neben einem allgemeinen Werturteil über die Führung eines Arbeiters eine einzelne Tatsache tabelnd hinzuzufügen, auch der Grund, aus dem ein Arbeiter sein Arbeitsverhältnis aufgab, könne unter Umständen auf die objektive Beurteilung seiner Führung von wesentlichem Einflusse sein. Die Beurteilung an einem Streik sei aber ohne weiteres nicht geeignet, das Werturteil über die Führung des Arbeiters unzulässig zu beeinflussen, sondern nur dann, wenn besondere und erschwerende Umstände vorliegen, die aber hier nicht dargelegt seien. Denn der Kläger habe sich weder bei dem Streike besonders hervorgetan, noch habe ihn etwa ein besonderes Kreuzverhältnis zu seiner Dienstherrin von der Beteiligung an dem von seinem Verbands dekretierten Streike abhalten sollen, dem er sich nur aus Solidarität angeschlossen habe. Und unter diesen Umständen verdiene er nicht den Tadel, der durch die Aufnahme des Grundes seines Ausscheidens in dem Zeugnis zum Ausdruck gebracht sei. Das Landgericht Leipzig beurteilte deshalb zur Aufhebung eines neuen Zeugnisses ohne den beanstandeten Zusatz.“

Die Ansicht des Landgerichts, daß „unter besonderen Umständen“ solch Zusatz zulässig sei, ist mit dem Gesetz nicht zu vereinbaren. Die Beteiligung an einem Streik gehört weder zur Art oder Dauer der Beschäftigung, noch zur Führung bei der Arbeit oder zur Leistung der Arbeit. Ein Vermerk über solche Beteiligung ist daher stets unzulässig.

Verhätete Lohnbücher.

Gegen die Einführung von Lohnbüchern laufen die Trikotwarenfabrikanten Sturm. Dabei bedienen sie sich auch einer Petition an den Bundesrat. Darin wird die Einführung von Lohnbüchern, wie sie auf Grund der §§ 114a und 114b der Gewerbeordnung für die Kleider- und Wäschekonfektion vorgeschrieben werden, für die Trikotwarenfabriken als undurchführbar bezeichnet. Angeblich darum undurchführbar, weil bei den meisten Artikeln bis zu 15 Personen mitwirkten. Bei Befolgung der Vorschriften über die Führung von Lohnbüchern müßten selbst die kleinsten Sorten bis zu dreifachmal in die Listen eingetragen werden. Die dabei erforderliche Kontrolle und Schreibarbeit mache die Anstellung verhältnismäßig vieler Beamten notwendig und dadurch würde die Rentabilität, ja, die Existenzmöglichkeit vieler Unternehmen unterbunden.

Das gleiche Lamento könnten andere Fabrikanten anstimmen. Technisch liegen die Verhältnisse in der Trikotwarenfabrikation nicht ungünstiger als in verschiedenen anderen Branchen. Wir erwarten keine Wunderdinge von den Lohnbüchern. Aber ihrer Durchführung stehen technische Schwierigkeiten kaum entgegen. Die Einrichtung geeigneter Vorbrude für die Listen, nach Namen der Arbeiter und den Artikeln gefordert, verringert die Schreibarbeit und Kontrolle bis auf ein kaum merkbares Minimum. Wenn der Einwand der Trikotwarenfabrikanten anerkannt werden sollte, dann wäre den Unternehmern gegen jede Art Kontrolle ein gewichtiges Argument in die Hand gegeben. Die Unternehmer hoffen die Lohnbücher, weil sie doch etwas Heiligkeit über das abfcheuliche Dunkel der Zeitarbeiterausbeutung verbreiten und die Arbeiterinnen in etwas gegen Lohnmogeleien schützen könnten.

Gerichts-Zeitung.

Trotz eigenem Geständnisse freigesprochen.

Eine Ueberraschung bereiteten gestern im Moskiter Kriminalgericht zwei verständige Urteile.

Heute abend in Berlin: Flugblattverbreitung.

Partei-Angelegenheiten.

An die Parteigenossen Berlins und der Provinz Brandenburg!

Anfang August erscheint wieder eine neue Lokalliste. Wir eruchen daher, alle Aenderungen bezw. Neuaufnahmen bis spatestens Freitag, den 1. August, an die nachbezeichneten Kommissionsmitglieder gelangen zu lassen:

- Für den I. Wahlkreis an den Genossen Franz Ducht, SO. 36, Liegnitzer Straße 43.
Für den II. Wahlkreis an den Genossen R. Reinhardt, E. 59, Urbanstraße 67.
Für den III. Wahlkreis an den Genossen Gustav Müller, SO. 36, Grünauer Straße 28. IV.
Für den IV. Wahlkreis an den Genossen Franz Behersdorf, O. 34, Linauer Straße 14.
Für den V. Wahlkreis an den Genossen Albert Gahnisch, E. 54, Auguststr. 51, III.
Für den VI. Wahlkreis an den Genossen Salomon Joseph, NW. 21, Stromstr. 36.
Für Nieder-Barnim an den Genossen Ernst Bertmann, Friedrichshagen, Köpenicker Straße 18.
Für Ostow-Deeslow an den Genossen Karl Mohr, Reutlitz, Weißstraße 33, IV.
Für Potsdam-Osthavelland an den Genossen Karl Kasmitzgal, Spandau, Elisabethstr. 1.
Für Ober-Barnim an den Genossen Karl Schindhelm, Eberswalde, Breite Straße 39.

Für alle übrigen Orte der Provinz sind Mitteilungen zur Lokalliste durch die Vorsitzenden der Kreise an den unterzeichneten Obmann der Kommission zu richten.

Um das rechtzeitige Erscheinen der Lokalliste zu ermöglichen, eruchen wir die Parteigenossen dringend, alle Mitteilungen in Lokalanangelegenheiten für Groß-Berlin dem zuständigen Kommissionsmitglied, für die übrigen Orte der Provinz dem Vorsitzenden des betreffenden Kreises zu übermitteln. Ferner weisen wir wiederholt auf den in den Lokalkonferenzen der Wahlkreise so oft gefassten Beschluß hin, wonach die örtlichen Kommissionsmitglieder unbedingt verpflichtet sind, vor dem Erscheinen jeder neuen Liste rechtzeitig an den Obmann ihres Kreises einen Bericht einzulegen, gleichgültig, ob Veränderungen vorgekommen sind oder nicht.

Orte, aus denen kein Bericht kommt, werden in der Liste nicht weiter aufgeführt und haben sich die betreffenden Genossen die etwa hieraus entstehenden unangenehmen Folgen selbst zuzuschreiben.

Wie nach dem 1. August einlaufenden Meldungen können nicht mehr berücksichtigt werden und eruchen wir, dies zu beachten. Des weiteren eruchen wir wiederholt, alle Mitteilungen in Lokalanangelegenheiten nur durch die oben genannten Kommissionsmitglieder an den Obmann der Kommission zu richten und nicht direkt an den „Vorwärts“. Es entstehen hierdurch nur unnötige Verzögerungen, und da die meisten Einsendungen immer erst in letzter Stunde einlaufen, ist, wenn es sich um eine Sperrnotiz handelt (Verzügen in einem gesperrten Lokal), eine Publikation nicht mehr möglich.

Der Obmann der Lokalkommission: Albert Gahnisch, C. 54, Auguststraße 51.

Dritter Kreis. Am Sonntag, den 13. Juli, findet im schönen Naturgarten von Fritz Wille, Sebastianstraße 39, das Sommerfest des Wahlvereins statt. Mitwirkende: Mitglieder des Gesangsvereins Liberté, Lieder zur Laute (Herr E. Kühne), der Tamburinairesverein Daolitz. Im Saale Tanz. Anfang 4 Uhr. Eintritt 20 Pf. Die Kaffeetische ist von 3 Uhr an geöffnet.

Zegel. Dienstag, den 16. Juli, abends 8 1/2 Uhr: Generalversammlung des Wahlvereins im Gesellschaftshaus, Schloßstr. 7/8.

Wannsee. Sonnabend, den 12. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im Fürstenthof (D. Adermann): Versammlung des Wahlvereins. Gäste willkommen.

Waldmannslust. Die Parteigenossen veranstalten am Sonntag, den 20. Juli, ein großes Volksfest im Etablissement Zum Vergißloch, Waldmannslust, schönstes Lokal an der Nordbahn, direkt am Bahnhof. Die Festleitung hat alle Vorbereitungen getroffen, der Arbeiterschaft in jeder Beziehung ein würdiges Fest zu veranstalten, und auch für Unterhaltung und Belustigung der Andernwelt ist bestens gesorgt.

Bezirk Waldmannslust. Sonnabend, den 12. Juli, abends 8 1/2 Uhr, in Hohen-Neudorf, in der „Waldhütte“ (Zugl. Albert Klein), am Bahnhof Stolpe: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Die Bezirksleitung.

Stralau. Die Teilnehmer zum Familienausflug des Wahlvereins nach Pierdebucht treffen sich Sonntagvormittag 9 1/2 Uhr am Bahnhof Stralau-Rummelsburg, Bahnsteig E. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Invalidenversicherte.

In letzter Zeit mehren sich wiederum die Klagen und Beschwerden der Versicherten zur Invalidenversicherung über Zurückweisung auf den Polizeirevier beim Umtausch der Quittungskarten. Bekanntlich dienen in Berlin die Polizeireviere als Quittungsausgabestellen sowie als Stellen, auf denen der Umtausch der Quittungskarten vorgenommen werden muß.

Man sollte nun erwarten, daß die Polizeibeamten mit den einschlägigen Bestimmungen der Reichs-Versicherungs-Ordnung bekannt wären. Dieses scheint aber nicht überall der Fall zu sein.

§ 1420 der Reichs-Versicherungs-Ordnung lautet: „Die Karte soll binnen zwei Jahren nach dem Tage der Ausfertigung zum Umtausch eingereicht werden. Ist dies veräumt, so muß im Streitfall der Versicherte beweisen, daß die Kuarschaft erhalten ist.“

Uns wird nun mitgeteilt, daß auf einzelnen Polizeireviere die Beamten den Umtausch der Karten beim Ablauf der zwei Jahre verweigern, mit dem Bemerkten, die Karte könne eventuell zehn Jahre gebraucht werden. Dieses ist nicht der Fall! Wollen sich die Versicherten, insbesondere die Weiterversicherten, die die Karten freiwillig zur Aufrechterhaltung ihres Anspruchs liehen, vor Nachteilen schützen, dann müssen sie darauf achten, daß die Karten vor Ablauf der zwei Jahre umgetauscht werden.

Des weiteren ist darauf zu achten, daß in der zum Umtausch eingereichten Karte während zweier Jahre mindestens 20 Marken gesteckt wurden. Die Versicherten, die mit dem Umtausch der Karte zurückgewiesen werden, tun gut, sich

sofort an die Landesversicherungsanstalt beschwerdeführend zu wenden.

„Die Schiffbrüchigen“.

Wir machen bekannt, daß für die Vorstellung am Montag, den 14. d. Mts., nur noch Galerietickets zum Preise von 0,60 M. zu haben sind. Diese gelangen nur im Bureau des Bildungsausschusses, Lindenstr. 2, Hof 1, zur Ausgabe.

Der Verkauf der Karten für Sonntag, den 20. Juli, nachmittags 4 Uhr, beginnt am Montag, den 14. d. Mts. Die Ausgabestellen sind folgende:

- NW. Oldenburger Str. 10. Baerisch, Restauration.
N. Brunnenstr. 145. Diesel, Restauration.
O. Stralauer Platz 1/2. Bureau des 4. Wahlkreises, von 9-1 und von 4-7 Uhr.
SO. Engelauer 15. Gorsch, Zigarrengeschäft.
SW. Lindenstr. 2 im Bureau des Bezirksbildungsausschusses und im Jugendsekretariat, Hof 1 Treppe rechts, von 9-5 Uhr.

Der Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin.

Ein tragisches Gescheh.

Am Mittwochnachmittag fand, wie wir berichtet haben, im Krematorium in der Gerichtstraße die Einäscherung des so früh verstorbenen Genossen Jietich statt. Zu der Trauergemeinde gehörte auch der Vorzeelanimaler August Key, der seinem ehemaligen Kollegen die letzte Ehre erwies. Er hatte sich zu diesem Zwecke von seinem Meister besonders Urlaub geben lassen und seine Arbeitsstätte um 1/5 Uhr verlassen, um ja zum Trauerakt zurecht zu kommen. Nach Beendigung der Feier wollte Key wieder nach Hause, unglücklicherweise wurde er aber in der Gerichtstraße von einem Wagen der elektrischen Straßenbahn Linie 28 überfahren und so schwer verletzt, daß er im bestunmöglichen Zustande nach dem Virchow-Krankenhaus gebracht werden mußte. Dort ist Key in der Nacht zum Donnerstag gestorben; gestorben nach Erfüllung einer Dankesspflicht. Alle, die den so um seinen Kollegen besorgten Mann gekannt haben, und der unter so tragischen Umständen ums Leben gekommen ist, werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Stadtverordnete Geheimrat Walter Kuhlmann ist im 76. Lebensjahr gestern nacht in seiner Villa am kleinen Wannsee unerwartet gestorben. Er konnte vor einigen Monaten mit dem Stadtverordnetenvorsitzer Michael und dem Geheimen Justizrat Cassel sein 25 jähriges Jubiläum als Stadtverordneter von Berlin begehen. Er vertrat den 2. Gemeindeviertelbezirk in der 1. Abteilung. Der Verstorbene war trotz seines Alters immer eine geistig frische Natur und alle die krämerhaften Projekte, die nur Halbsheiten waren, fanden in ihm einen entschiedenen Widersacher. Kuhlmann unterschied sich vorteilhaft vom Durchschnitts-Kommunalfreisinn, weil er immer g a n z e Arbeit liebte.

Frauen in den Besehallen.

Die Besehallen der Stadt Berlin werden nur selten auch von Frauen besucht. Im Verwaltungsjahre 1912 (1. April 1912 bis 31. März 1913) zählte man in den 14 Besehallen 144 894 Besucher, darunter nur 12 847 Frauen. Das weibliche Geschlecht war hier noch an der Gesamtzahl der Besehallenbesucher mit nur 8 1/2 Proz. beteiligt. In früheren Jahren blieb allerdings der Frauenanteil noch höher. Fünf Jahre vorher, im Verwaltungsjahre 1907, stand er auf noch nicht 5 1/2 Proz. Vor zehn Jahren, im Verwaltungsjahre 1902, waren die Frauen schon mit einem ähnlich hohen Anteil, mit etwa 5 Proz., vertreten. Zu einer merklichen Besserung der Ziffer ist es erst in dem Jahr 1907 bis 1912 gekommen. Schwächer noch als in den Besehallen ist der Frauenanteil in dem Lesesaal der Stadtbibliothek. Hier waren im Verwaltungsjahre 1912 unter 108 494 Besuchern nur 6468 Frauen, noch keine 6 Proz. Im Verwaltungsjahre 1907, das das erste der damals eröffneten Stadtbibliothek war und einen Zeitraum von nur sechs Monaten umfaßte, stellte sich die Beteiligung der Frauen auf volle 8 Proz. (2201 Frauen unter 27 874 Besuchern). Sie ließ dann in den folgenden Jahren sehr rasch nach, bis auf 5 Proz. in 1910. Erst seit 1911 ist auch hier wieder eine kleine Besserung eingetreten. Daß die Frauen minder zahlreich als die Männer die öffentlichen Besehallen besuchen, läßt sich aus manchem erklären und begreifen. Wundern muß man sich aber doch, daß sie so sehr selten von diesen Einrichtungen Gebrauch machen.

Ausbau des städtischen Straßenbahnnetzes.

Durch die kürzlich erfolgte Eröffnung der Teilstrecke Hermannsplatz-Dehrensstraße der städtischen Straßenbahn ist eine Ringlinie vom Rudolf-Virchow-Krankenhaus über den Stettiner Bahnhof zum Gürtlicher Bahnhof und weiter über den Hermannsplatz in das Innere der Reichshauptstadt bis zur Charlotten- und Dehrensstraße geschaffen worden. Die Durchführung der Linie nach dem Norden bezw. die Schließung des Ringes soll durch einen Tunnel unter dem Platz am Opernhaus im Zuge der Universitäts- und Artilleriestraße bis zur Wasserstraße und Stettiner Bahnhof erfolgen. Der Magistrat hofft, den Tunnelbau noch in diesem Jahre in Angriff nehmen lassen zu können. Die Genehmigung dieser Anlage ist bekanntlich eine Vorbedingung für die Vollziehung der zur Umgestaltung des Universitätsviertels notwendigen Grundstückskäufe durch die Stadt Berlin. Wie wir aus authentischer Quelle erfahren, ist die prinzipielle Genehmigung des Tunnelbaues durch die Aufsichtsbehörden bereits erfolgt; es sind nur noch einige unbedeutende technische Fragen zu lösen.

Auch die übrigen geplanten Straßenbahnbauten der Stadt Berlin gehen ihrer Verwirklichung entgegen. So ist die Gleisverlegung in der Großbeeren-Straße vollendet. Dorthin soll eine Zweiglinie von der Markgrafenstraße durch die Zimmer-, Wilhelmstraße und die Hedemannstraße geleitet werden, um in der Großbeeren-Straße am Kreuzberg zu enden. Eine weitere Zweiglinie soll später von der Markgrafenstraße die ganze Zimmerstraße durchlaufen und durch die Prinz-Albrechtstraße und die Köthener Straße bis zum Hofenplatz und von dort durch die Flottwell- und Kurfürstenstraße bis zur Steinwegstraße geführt werden, um dann in der Großbeerenstraße in der Nähe des Bahnhofs zu enden. Auch von der jetzigen Endhaltestelle am Rudolf Virchow-Krankenhaus soll ein Ausbau des städtischen Straßenbahnnetzes durch die Höder Straße, Butly- und Wilhelmshabener-, Biele- und Oststraße bis zur Straße Alt-Roßbit vor sich gehen. — Im Jahre 1912 haben die städtischen Straßenbahnen der Stadt Berlin einen Ueberlauf von dreiviertel Millionen Mark gebracht. Auch die Ergänzungslinie Hermannsplatz-Dehrensstraße hat eine erhebliche Frequenz aufzuweisen.

Zum Knabenmord in Veltzen.

Der Knabenmord bei Veltzen beschäftigt immer noch die Kriminalpolizei. Trotz aller Bemühungen ist es immer noch nicht

gelingen, die Persönlichkeit des Toten festzustellen. Das ist um so verwunderlicher, als der ermordete junge Mann doch ohne Zweifel nicht allein im Leben gestanden, sondern Angehörige gehabt haben muß. Es haben sich nun auch sehr viele Leute gemeldet, die Jünglinge in diesem Alter vermissen. Allen diesen Spuren ist nachgegangen worden, doch war das Endresultat stets, daß sie für den aufgefundenen Knaben nicht in Betracht kommen. Neuerdings ist man nun bei den weiteren Ermittlungen auf einen Mann gestoßen, der bemerkenswerte Mitteilungen machte. Auf dem Westufer der Havel, zwischen Stolpe und Belten, liegt die Wirtschaft Hohenschöpping. Die beiden Ufer dort sind nicht durch eine Brücke verbunden. Der Verkehr wird vielmehr durch einen Fährbetrieb aufrechterhalten, den die Gastwirtschaft Hohenschöpping besorgt. Die Ueberfahrungen werden in der Regel von dem dort tätigen Hausdiener ausgeführt. Das ist seit längerer Zeit ein 18 Jahre alter P. aus Stolpe. Dieser erinnert sich nun, daß vor etwa 5 Wochen — genau kann er die Zeit nicht mehr angeben, er weiß nur, daß es an einem Montag war, an dem ein richtiger Landregen niederhing —, abends gegen 6 1/2 Uhr jemand vom Ostufer herüberrief. Er fuhr daraufhin hinüber und traf dort zwei Männer, einen älteren und einen jüngeren. Während der Ueberfahrt nach der Gastwirtschaft war der ältere sehr gesprächig, während der jüngere kaum ein Wort sagte. Ohne weiteres erzählte der ältere, daß er Inspektor sei, aber in Berlin nichts los sei. Er habe sich mit seinem jüngeren Begleiter getroffen und wolle mit diesem zu Fuß nach Italien. Als sie das Ufer erreicht hatten, schickte der angebliche Inspektor den jungen Burschen in die Wirtschaft nach Zigaretten. Als er mit dem Hausdiener jezt allein war, sagte er diesem auch noch, daß er auf dem Gut in Stolpe um Arbeit nachgefragt habe und zeigte ihm auch mehrere Papiere. Nach Ansicht des Hausdieners, der nur flüchtig hinsah und dabei nur das Wort Inspektor erblühte, waren es Zeugnisse. Als sein Begleiter zurückkam, fragte er noch, welches der nächste Weg nach Belten sei. Der Hausdiener antwortete ihm, daß dorthin zwei Wege führen, ein gepflasterter und ein Waldweg, letzterer sei aber der kürzere. Der ältere Mann meinte darauf, daß sie dann diesen Weg nehmen würden. Sie entfernten sich auch nach dieser Richtung hin, doch hat der Hausdiener nicht mehr gesehen, ob sie auch wirklich diesen Weg eingeschlagen haben. Dieser Waldweg aber ist derselbe, in dessen Nähe die Leiche aufgefunden wurde. Die Kriminalpolizei sucht nun festzustellen, was beide für Leute waren, und bittet darum alle, die sie vorher oder nachher gesehen haben, um Nachricht.

Selbstmord einer jungen Berlinererin im Jermülfsee.

Eine traurige Aufklärung hat das Verschwinden der achtzehnjährigen Verkäuferin Helene K. gefunden. Gestern barg man im Jermülfsee bei Neuruppin den Leichnam einer jungen Selbstmörderin, in der die Vermittlung rekonstruiert wurde. Bei der Toten wurde ein Abschiedsbrief gefunden, der an einen Herrn, im Grünen Weg wohnhaft, gerichtet war. Die kleine Taschenuhr der Lebensmüden war mit Wasser gefüllt und stand auf acht Uhr. Es wird daher angenommen, daß die K. mit dem letzten Dampfer am Jermülfsee angekommen und sich kurz darauf in die Fluten gestürzt hat, um den Tod zu suchen. Was das junge Mädchen zu der Verzweiflungstat getrieben hat, weiß man nicht genau, doch wird vermutet, daß es sich wegen Liebesgram das Leben genommen.

Ein Kulturbild.

An den Anschlagssäulen prangten gestern grellrote Plakate, auf denen die Staatsanwaltschaft mitteilte, daß früh 4 1/2 Uhr im Hofe der Strafanstalt Plöhensee der Techniker Stahl hingerichtet worden ist. Stahl war am 16. Februar 1913 wegen Ermordung seiner Geliebten Margarete Rosenberg vom Schwurgericht des Landgerichts I Berlin zum Tode verurteilt worden. Ein Mittagsblatt wußte zu melden, daß dem vollständig gebrochenen Manne beim Verlassen des Gefängnisses auf dem Wege nach dem Schafott der Geistliche die Worte zugerufen habe: „Gehen Sie mit Gott!“ Bekanntlich leben wir im Zeitalter der Humanität!

Das Ende einer jungen Ehe.

Ihren Mann freiwillig in den Tod gefolgt ist, nachdem dieser vor 14 Tagen durch Erhängen seinem Leben ein Ende gemacht hatte, gestern die 32 Jahre alte Witwe Martha Reiner geb. Bergmann aus der Memeler Straße 68. Die Frau heiratete vor nicht langer Zeit ihren um sechs Jahre jüngeren Mann, der Februar war. Beide konnten sich aber nicht recht verstehen. Nach einem festigen Auftritt, den das Ehepaar vor 14 Tagen hatte, entfernte sich der Mann aus der Wohnung und kehrte nicht wieder in diese zurück. Bald darauf fand man seine Leiche im Friedrichshagener Walde, wo er sich an einem Baume erhängt hatte. Seit dieser Zeit war die Frau schwermütig und niedergeschlagen. Als gestern die Nachbarn wahrnahmen, daß die Frau auch mittags noch nicht den Frühstückstisch heringeholt hatte, schöpften sie Verdacht und teilten ihn dem Verwalter mit. Als sie jezt öffneten, fanden sie die Frau in der Küche tot auf. Sie hatte noch den Gasflansch, den sie von der Leitung gelöst hatte, im Munde.

Große Erregung herrschte am Mittwochabend unter zahlreichen Eltern des Nordens, die an der Straßenbahnhaltestelle in der Pappelallee Ecke Schönhauser Allee auf ihre Kinder warteten, die aus Blankenfelde von den Ferienspielplätzen zurückkommen sollten. Hunderte von Müttern standen da und warteten lange Zeit vergeblich. Endlich zwischen 9 und 10 Uhr abends kamen die Kinder zurück. Kleinere Kinder standen da und weinten, weil sie in der Dunkelheit den Weg nach Hause nicht recht fanden. Erwachsene bemühten sich um die Kinder, um sie ihren Eltern wieder zuzuführen. Die Lehrer wurden bestürzt und ihren Vorwürfe gemacht, weil die Kinder so spät zurückkamen. Ein Mann war so aufgeregt und wollte sich tätlich an einem Lehrer vergehen, er wurde aber von anderen Personen zurückgehalten. Die Lehrer waren an der unlesbamen Verzögerung völlig unschuldig. Sie waren mit den Kindern pünktlich in Nordend gewesen, um die Rückfahrt anzutreten. Da sei ein neuer Inspektor erschienen, der genau darauf geachtet habe, daß nicht ein Kind mehr als zulässig in den Wagen komme, während früher immer eine Anzahl überzählige Kinder mitgenommen werden konnten. So fanden die Lehrer 1 1/2 Stunden mit ihren Kindern und konnten nicht zurückfahren. Es scheint sich auch in diesem Jahre von neuem zu wiederholen, daß die Große Berliner Straßenbahn in der Beförderung der zu den Ferienspielplätzen fahrenden Kinder genau so engherzig verfährt, wie das früher leider festgestell werden mußte.

Pferd und Wagen gestohlen.

Ein dreifacher Fuhrwerksdiebstahl wurde gestern vormittag um 11 Uhr in der Oranienstraße verübt. Dort hielt ein diese Zeit ein mit zwei Ponys, einem schwarzen und einem Schimmel, bespannter Rosswagen der Expeditionsfirma Wendischlag u. Pohl aus der Koppenstraße 68. Während eines unbewachten Augenblicks schlangen sich die Diebe auf den Wagen und fuhren davon. Wo sie mit dem Gespann und den Waren, die einen Wert von etwa 4000 M. haben, verblieben sind, weiß man nicht. Die Ladung, die aus Kästen, Fässern und dergleichen bestand, die Weinstreuensäure, Minontenfilien, Automobilreifen, Metallkapfen, Schuhwaren, Leinwand, Asbestplatten, chemische Waren usw. enthielten, werden die drei Spitzbuben wohl irgendwo abladen und dann das Gespann an irgendeinem Orte, wie es die gewerbmäßigen Fuhrwerksdiebe zu tun pflegen, einfach herrenlos stehen lassen.

Weidert das deutsche Turnfest!

Aus Leipzig wird uns geschrieben: Leipzig ist in diesem Jahre wegen der internationalen Weltausstellung nicht nur das Ziel vieler Fremden, Interessierter und Nichtinteressierter, sondern auch das Ziel der Würdige eines großen Teils der Arbeiterschaft. Tausende von Arbeitern haben schon ihren Wissensdurst an den Erzeugnissen dieser Ausstellung gestillt und haben selbst bewundernd vor den Werken geistigen und körperlichen Schaffens gestanden. Und das ist gut so. Denn nichts bietet den Arbeitern mehr als das Selbsterleben, das Selbstschauen und die ernste Vertiefung in Erzeugnisse menschlicher Kultur.

Ganz anders ist es jedoch, wenn man mehr Gewicht auf das Wesen auf das Erleben des Sentiationalen legt. Und da scheint Leipzig in den nächsten Tagen und dann noch später einmal scheinende Gelegenheit zu bieten.

In den Tagen vom 12. - 16. Juli findet in Leipzig das große Turnfest der Deutschen Turnerschaft statt, das Fest der Völkervereinigung, wie es im Volksmunde heißt. Aufschauartausstellung und deutsches Turnfest werden nun eine doppelte Zugkraft zum Besuch von Leipzig ausüben, Schauen und Gaffen kommen dabei beides auf ihre Rechnung. Ein Besuch an diesen Tagen würde aber von der Leipziger Arbeiterschaft falsch aufgefaßt werden, denn es wird als Ehrenpflicht eines Arbeiters aufgefaßt, an diesen Tagen solche Veranstaltung zu meiden.

Das deutsche Turnfest ist ein Fest der hurradpatriotischen Deutschen Turnerschaft, der schärfsten Gegnerin aller modernen Arbeiterbestrebungen. Der dieses Fest als Arbeiter unterstützt, unterschützt seine größten Feinde, stärkt alle reaktionären Bestrebungen. Wer sich diesem Vorwurf nicht aussetzen will, meide das deutsche Turnfest, meide für den 18. Juli überhaupt Leipzig.

Die „Krawatten-Akademie“ hat ihre Pforten schließen müssen. In der Breitenstraße 28 betrieb seit Jahren ein Fabrikant Steinberg eine Krawatten-Akademie, in welcher die Herstellung von Krawatten gelehrt wurde. Da der Inhaber sich fortgesetzt weigerte, den bestehenden Vorschriften und behördlichen Anordnungen nachzukommen, ist die „Akademie“ polizeilich geschlossen worden. Das gleiche Schicksal erfuhr die Lehranstalt für Krawattenanfertigung von G. r. s. G., Weißwälder Str. 198.

Bei einem Straßenbahnwagen gefallen und schwer verunglückt ist in der vergangenen Nacht der 18 Jahre alte Ruffler Fritz Weiss aus der Boghagener Chaussee 7 zu Lichtenberg. Der junge Mann wollte einen Straßenbahnwagen der Linie 6, die von Moabit nach dem Küstriner Platz fährt, benutzen. Als der Wagen ein Stück Weges gefahren war, fiel Weiss, der auf der hinteren Plattform stand, plötzlich von dieser herunter und schlug so heftig mit dem Kopf auf das Straßenpflaster auf, daß er einen schweren Schädelbruch erlitt. Ein Kriminalkommissar, der des Weges kam, nahm sich des Verunglückten an und brachte ihn mit einer Drahtschlinge nach der Charité, wo er Aufnahme fand. Was die Ursache des Hinabfallens ist, konnte bisher noch nicht genau festgestellt werden.

Ein Unfall im Betriebe der Graffen Berliner Straßenbahn hat sich gestern vormittag auf dem Bahnhof in der Markusschloßstraße zugezogen. Dort geriet der Wagenwächser Gemmerich beim Anknüpfen eines Weiwagens an einen Rotorwagen zwischen beide Wagen und wurde eingeklemmt. Er erlitt einen Bruch des rechten Unterarmes und eine Quetschung der rechten Wade. Der Verunglückte erliegt auf der nächsten Unfallstation Rotenbände und wurde dann nach dem Krankenhaus am Friedrichshain geschafft.

Drei Kindesleichen wurden gestern nachmittag aufgefunden und von der Polizei beschlagnahmt, um im Schauhause durch die Obduktion die Todesursachen feststellen zu lassen. Bei zwei der kleinen Leichen ist es nicht erkennbar, ob der Tod der Kinder gewaltsam herbeigeführt worden ist, während bei der dritten unzweifelhaft ein Kindesmord vorliegt. Letztere, die eines neugeborenen Knaben, wurde am Bahnhof Jungfernheide aus der Spree gefischt. Sie war in blaues Packpapier eingewickelt und fest verschmürt. In einer Seite war dem Kinde, wie noch deutlich zu sehen war, der Kopf gewaltsam eingedrückt worden. Die zweite Kindesleiche fanden Arbeiter auf dem Friedrich-Werderschen Kirchhof an der Bergmannstraße zwischen zwei Gräbern liegen. Es war die eines neugeborenen Mädchens und in weißes Leinen und ein Stück Papier gewickelt. Von spielenden Kindern aufgefunden wurde die dritte kleine Leiche. Als diese auf dem Laubengelände an der Revolver Straße im Sande bubdelten, stießen sie auf ein Paket, das die in ein weißes Handtuch gewickelte Leiche eines neugeborenen Knaben enthielt. Eine vierte Kindesleiche wurde sodann noch in einem Krankenhaus beschlagnahmt und dem Schauhause überwiesen. Es handelt sich um einen kleinen Knaben, der im Bett einer jungen Mutter, die in dem Krankenhaus dem Kinde das Leben geschenkt hatte, erstickt aufgefunden wurde.

Der Selbstmordversuch eines Geisteskranken verursachte gestern abend gegen 10 Uhr am Schleswiger Ufer einige Aufregung. Vor dem Hause Nr. 4 sprang ein junger Mann, der schon vorher durch sein sonderbares Wesen aufgefalle war, plötzlich über das Geländer in die Spree. Es gelang einem Schwimmer, den Lebensmühen mit einem Rettungsgleit wieder ans Ufer zu bringen, ehe er noch ertrunken war. Nachdem ihm im Krankenhaus am Urban die erste Hilfe zuteil geworden war, wurde er nach der Charité gebracht. Der junge Mann wurde festgesetzt als ein 30 Jahre alter Bader Emil Müller, der geisteskrank ist und ohne Wohnung gewesen zu sein scheint.

Vorort-Nachrichten.

Steglitz.
Die Freie Turnerschaft begeht am Sonnabend, den 12. Juli, ihr 9. Stiftungsfest im Restaurant Wittenwäldchen, Schützenstraße. Durch turnerische und humoristische Aufführungen ist für Unterhaltung bestens gesorgt. Der Eintrittspreis beträgt 25 Pf., Lang ist frei. Da der Verein sich auch bei Arbeiterfestlichkeiten aktiv beteiligt, ist die Arbeiterschaft von Steglitz herzlich eingeladen.

Wannsee.
Die Gemeindevorsteherung beschloß, an Stelle des zum Schöpfen gewählten Gemeindevorsetzers Vaurat Stahn keine Neuwahl vorzunehmen, sondern dieselbe bis zum Frühjahr zu vertagen, zu welcher Zeit zwei Ersatzwahlen in der dritten Klasse vorzunehmen sind. Einem Antrage auf Geldbewilligung für den Jungdeutschlandbund Groß-Berlin wurde nicht stattgegeben, da man für den diesjährigen Verein schon sehr viel bewilligt hat und man wohl die Kritik hierüber fürchtet. In voriger Sitzung ist beschlossen worden, die Müllabfuhr in geschlossenen neuen Wagen vorzunehmen. Es wird noch ein Ortsrat erlassen werden, wonach jeder Hausbesitzer verpflichtet wird, Müll im geschlossenen Wagen abzuführen.

Neukölln.
Eine Nachmittagspartie findet am Sonntag, den 13. d. M., nach dem Blücherwald statt. Um 12 Uhr nachmittags 2 Uhr vom Blücherwaldplatz an der Brücke.

Am 26. und 27. Juli findet eine zweitägige Ferienpartie nach Straußberg bei Freienwalde statt. Die Eltern und Teilnehmer sind zu einer Besprechung am Donnerstag, den 17. d. M., abends 8 Uhr, nach dem Ideal-Parade, Weißerstraße, hiermit eingeladen. Dort werden noch Anmeldungen entgegengenommen.

Tempelhof-Mariendorf-Mariensfeld.
Gewerkschaftsfest. Die Gewerkschaftskommission veranstaltet unter Mitwirkung der „Freien Sängerschaft Tempelhof“, des Arbeitervereins Tempelhof-Mariendorf, sowie des Arbeiterabfahrersvereins Tempelhof-Mariendorf am Sonnabend, den 12. d. M., im Lokal von Stecher („Karlshöhe“) in Mariendorf, Tempelhofer Straße am Bahnhof Mariendorf, ein Volksfest, bestehend aus Konzert, Gesangs- und turnerischen Aufführungen, Reigenfahrten und Kinderbelustigungen aller Art. — Eintritt 20 Pf. sind bei den Bezirksführern, Bezirksvertrauensleuten und in den mit Plakaten versehenen Geschäften zu haben. Anfang des Konzerts 4 Uhr nachmittags. — Die Kaffeeküche steht den Damen von 3 Uhr ab zur Verfügung. — Da der Uebertritt dieses Festes unserm Jugendheim zugute kommen soll, erwartet einen zahlreichen Besuch der Partei- und Gewerkschaftsmitglieder.
Das Komitee.

Britz-Buckow.
Der Bildungs-Ausschuß veranstaltet am Sonntag, den 13. Juli, ein großes Sommerfest in Radowitzstraße, Chaussee 39, bestehend in Follies-Konzert, Auftreten der Berliner Spottbühne, turnerischen Aufführungen und von 6 Uhr ab Tanz. Bei eintretender Dunkelheit Fackelpolonaise, wozu jedes Kind eine Fackel gratis erhält. Die Kaffeeküche ist von 3 Uhr an geöffnet. Das Eintrittsgeld beträgt 50 Pf., Programm an der Kasse gratis.

Ober-Schöneweide.
Kinderspiele veranstaltet in diesem Jahre der Arbeiter-Turnverein „Obertree“ auf seinem an der Köpenicker Landstraße gelegenen Turnplatz. Nächsten Sonntag, den 13. d. M., nachmittags 3 Uhr, Sammelplatz auf dem Marktplatz und an der evangelischen Kirche 7/8 Uhr. Die Genossen werden ersucht, ihre Kinder daran teilnehmen zu lassen.

Nein-Schönebeck-Schöneiche.
Der Arbeiter-Turnverein „Fische“ feiert morgen Sonnabend, im „Waldschloß Schöneiche“ sein 8. Stiftungsfest, verbunden mit Sommer-nachtsball, Konzert und turnerischen Aufführungen. Jedem wie darauf hinzuweisen, ersuchen wir die Freunde des Arbeiterturnens, diese Veranstaltung durch zahlreichen Besuch zu unterstützen.

Weißensee.
Zur Bankrottierung. Den Nachsichtungen der Finanzkommission wegen der Sanierung der Weißenseer Bank folgt heute Freitag eine solche der Gemeindevorsteherung, die um 9 Uhr abends eintreten wird. Vorher tagt die Generalversammlung der Weißenseer Bank, die den Vorschlägen des Gemeindevorstandes ihre Zustimmung geben muß, wenn ihr von Gemeindevorstand weitere Hilfe werden soll. Zu beschließen wird sein die Amtsenthebung eines Vorstandsmitgliedes und Kenntnisgabe von der Amtsenthebung der beiden anderen Vorstandsmitglieder, sowie Erhöhung der Geschäftsanteile und Verschuldung über die Zahlung dieser Erhöhung und die Erhöhung der Haftsumme. Letzterer Beschluß richtet sich ganz nach dem Stande der Bank, der immer noch nicht klar zu erkennen ist, da die Revisionen ihre Arbeiten noch nicht beendet haben. Für die drei neuen Direktoren werden vom Gemeindevorstand in Vorschlag gebracht werden, ein Bankbeamter, ein Gemeindevorstand und ein Gemeindevorstandsmitglied.

Syndikat.
Mit der Lokalfrage beschäftigte sich am Dienstagabend eine außerordentliche Sitzung der Vertreter der organisierten Arbeiterschaft. Sämtliche Redner beurteilten scharf die Haltung der Pächter des „Roten Adler“, in Zukunft ohne jeglichen Grund den Gewerkschaften und der Partei ihre Räume zur Abhaltung von Versammlungen nicht mehr zur Verfügung zu stellen. Alle Verhandlungen der Lokalkommission mit den Lokalpächtern, eine Verhandlung herbeizuführen, seien ergebnislos verlaufen. Der Seisige Vorkott habe den Sozialdemokraten gezeigt, welchen gewaltigen Einfluß die organisierte Arbeiterschaft auf die Pächter der Lokale ausüben könne. Diesem Einfluß auf die Lokale habe auch die Kommendantur insofern Rechnung tragen müssen, daß sie während der Abhaltung der sozialdemokratischen Versammlungen im „Roten Adler“ nicht den Vorkott über denselben verhängte. Nach ausgedehnter Rede wurde einstimmig beschlossen, sofort den sogenannten verschärften Vorkott der organisierten Arbeiterschaft über den „Roten Adler“ zu verhängen. Mit der weiteren Durchführung des Vorkotts wurde eine Kommission beauftragt. Um den Vorkott gegen den „Roten Adler“ noch wirksamer zu gestalten, sind während der Dauer des Vorkotts alle anderen Lokale für den Einzelverkehr freigegeben.

Die Neuwahl der Gewerbegerichtsmitglieder, die abermals vertagt worden war, ist jetzt nach einer amtlichen Bekanntmachung auf Montag, den 25. August, für die Arbeitnehmer und auf Dienstag, den 26. August, für die Arbeitgeber festgesetzt. Die Wahl der Mitglieder erfolgt auf sechs Jahre nach dem Proportionalwahlrecht. Bei der letzten Wahl errang die sozialdemokratische Arbeiterschaft elf Arbeitnehmer- und vier Arbeitgebermitglieder, während die Gegner nur einen Arbeitnehmer und acht Arbeitgeber durchbrachten. Diesmal wird der Wahlkampf ganz besonders scharf werden, da die Firma Siemens die gesamte Verwaltung nach dem Kommandant verlegt und deshalb das hiesige Gewerbegericht allein für Klagen ihrer Arbeiter zuständig wird. Sie wird deshalb Anspruch auf einige Arbeitgebermitglieder erheben und mit allen Mitteln versuchen, auch einige Übergelbe in das Gewerbegericht hineinzubringen.

Auskunftsverteilung. Den Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern zur Nachricht, daß die unentgeltliche Auskunftsverteilung nicht mehr wie bisher an jedem Donnerstag von 8-8 Uhr Breitestr. 64 erfolgt, sondern daß diese Auskunftsverteilung in allen Invaliden-, Kranken-, Unfall-, Unfallkassen sowie anderen Reichsstellen an jedem Freitag von 8-8 Uhr abends erfolgt. Es ist zu erwarten, daß diese Auskunftsverteilung von den Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern in Anspruch genommen wird und dieselben sich nicht an einen Winkelkonsulenten wenden, da schon vielfach festgestellt werden konnte, daß ganz falsche Wege eingeschlagen wurden.

Spiel und Sport.

Radfahrer.
Arbeiter-Radsportverein „Solidarität“ (Ortsgruppe Berlin).
Touren zum Sonntag, den 12. Juli. 1. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 2. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 3. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 4. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 5. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 6. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 7. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 8. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 9. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 10. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 11. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 12. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 13. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 14. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 15. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 16. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 17. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 18. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 19. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 20. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 21. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 22. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 23. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 24. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 25. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 26. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 27. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 28. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 29. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 30. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 31. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 32. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 33. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 34. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 35. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 36. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 37. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 38. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 39. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 40. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 41. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 42. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 43. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 44. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 45. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 46. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 47. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 48. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 49. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 50. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 51. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 52. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 53. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 54. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 55. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 56. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 57. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 58. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 59. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 60. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 61. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 62. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 63. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 64. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 65. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 66. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 67. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 68. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 69. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 70. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 71. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 72. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 73. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 74. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 75. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 76. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 77. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 78. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 79. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 80. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 81. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 82. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 83. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 84. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 85. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 86. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 87. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 88. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 89. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 90. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 91. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 92. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 93. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 94. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 95. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 96. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 97. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 98. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 99. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 100. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 101. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 102. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 103. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 104. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 105. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 106. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 107. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 108. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 109. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 110. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 111. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 112. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 113. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 114. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 115. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 116. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 117. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 118. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 119. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 120. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 121. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 122. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 123. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 124. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 125. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 126. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 127. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 128. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 129. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 130. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 131. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 132. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 133. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 134. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 135. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 136. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 137. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 138. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 139. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 140. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 141. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 142. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 143. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 144. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 145. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 146. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 147. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 148. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 149. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 150. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 151. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 152. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 153. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 154. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 155. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 156. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 157. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 158. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 159. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 160. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 161. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 162. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 163. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 164. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 165. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 166. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 167. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 168. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 169. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 170. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 171. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 172. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 173. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 174. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 175. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 176. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 177. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 178. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 179. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 180. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 181. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 182. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 183. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 184. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 185. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 186. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 187. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 188. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 189. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 190. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 191. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 192. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 193. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 194. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 195. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 196. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 197. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 198. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 199. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 200. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 201. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 202. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 203. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 204. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 205. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 206. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 207. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 208. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 209. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 210. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 211. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 212. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 213. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 214. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 215. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 216. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 217. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 218. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 219. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 220. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 221. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 222. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 223. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 224. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 225. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 226. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 227. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 228. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 229. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 230. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 231. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 232. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 233. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 234. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 235. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 236. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 237. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 238. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 239. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 240. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 241. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 242. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 243. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 244. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 245. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 246. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 247. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 248. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 249. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 250. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 251. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 252. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 253. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 254. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 255. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 256. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 257. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 258. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 259. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 260. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 261. Abt.: 5 Uhr Roter Chorin, 12 1/2 Uhr Damm (Salsmann). 262. Abt.: 5 Uhr

Aus der Frauenbewegung.

Eine Katholikin über: Frau und Sozialismus.

Intensiver denn je beschäftigen sich die Zentrumsleute mit dem Problem, die katholische Frauenwelt vom Sozialismus fernzuhalten und sie dem Zentrum als tätige Hilfskräfte zuzuführen. Wie vor einigen Jahren die „Weidentische Arbeiterzeitung“ im Hinblick auf die freien Gewerkschaften schrieb: „Der übermächtige Feind droht uns zu erdrücken“, so liest man jetzt seit Monaten in der Zentrumspresse von der gewaltigen Gefahr für Staat, Kirche und Familie, welche die stetig wachsende sozialdemokratische Frauenbewegung darstelle. Unter der trotz aller Meinungsverschiedenheiten sich durchziehenden Oberleitung des Volksvereins für das katholische Deutschland setzt eine systematische Arbeit der Schwärzer ein, die katholische Frauenwelt „aufzuklären“, das heißt, sie im Zentrumsstadium zu kanalisieren. Nebenher geht eine sorgfältige Gewissensforschung, ob und in welcher Weise Unterlassungssünden im eigenen Lager zur Frauenflucht aus dem Machtbereich der alleinseligmachenden Partei beigetragen haben. Zu diesem letzteren Thema liefert Dr. Fanny Zmle, die vom Anarchismus über den Sozialismus in den N.-Gladbacher Hafen gelangte „hervorragende Nationalökonomin“, im Juniheft des „Zentrum“ einen Beitrag. Sie unter sucht, woher es komme, daß so viele, viele Frauen den Lockungen der Sozialdemokratie erliegen. Als erste Ursache glaubt sie feststellen zu können, daß die Sozialdemokratie nach ihrer materialistischen Weltanschauungsgrundlage psychische Faktoren unterschätze; sie fasse die Masse bei ihren materiellen Interessen und gewinne sie so leicht. Am leichtesten diejenigen, „die eine gewisse Disposition des Geistes schwächen“. Also die ganz Dummen, unter ihnen viele Frauen. Die Frauen sind nach Zmle von Natur aus einseitiger als die Männer und sinkt „die Menschheit respektive eine Gruppe derselben tief in die Niederungen irdischen Triebens und in die Sümpfe der Abstumpfung, dann bleiben sicher weibliche Wesen am festesten im Schlamm kleben“.

Die von Zmle so überlegen konstatierte Einseitigkeit der Durchschnittsfrau genügt aber nicht zur Erklärung für ihr massenhaftes Abwandern zur Sozialdemokratie. Recht legerich meint Zmle, daß die volkstümliche Frauenseele auf Reizmittel, wie Weihrauchdunst und fromme Hymnen, süßliche Ergüsse über Liebe, Tugend, Seelenschmud usw., überhaupt nicht gestimmt sei.

Die Proletarierin ist daran gewöhnt, sich draußen herumstehen zu lassen, weibliche Pörslichkeiten sind ihr fremd, auch überspannte Selbstverleugung; aber eines braucht sie unbedingt, nach einem schreit in allem Eind, aller Verlassenheit ihre hilflose Natur, das ist Schutz, Führung, Kraft, Hilfe. . . . Das sucht sie ganz logisch auch bei einer Menschengruppe, der sie ihre Lebensinteressen anvertraut; das Kraftbewußte, skrupellos zielstrebige Auftreten der Sozialdemokratie, ihre maßlos kühnen Versprechungen und ihr Grundton der Steghaftigkeit, das fasziniert die Durchschnittsarbeiterin.

Mit „fatalistischer Sicherheit“, mit „fast religiösem Vertrauen“ klammert sich die Frau an dem Volk an die Sozialdemokratie, deren Agitation zuweilen ein Meisterstück der Seelenkunde sei. Die Frage, ob die nach greifbaren, praktischen Erfolgen verlangende Arbeiterin nicht abgestoßen werde vom Utopismus einer immerhin revolutionären Partei, die mehr fordert, als sie gibt, Opfer heischt, ohne sie zu belohnen, beantwortet Zmle mit nein.

„Ich will alles entbehren, alles für die Partei tun, ich nehme sogar eine weitere Verleumdung gern hin, so ungeheuer denkt die Proletarierin, wenn es nur meinen Kindern und Kindeskindern besser geht.“ Manche tun sich viel darauf zu gute, nachzuweisen, daß die Aufstachelung der bösen Leidenschaften, Gemühsucht, Sinnlichkeit, Verlangen nach unregelmäßigem Geschlechtsleben usw., durch die sozialdemokratische Agitation wachgerufen werden. Zmle leugnet „weder ihr Vorhandensein im Weibe aus dem Volke noch die Tatsache, daß die Sozialdemokratie gelegentlich an sie appelliert“, aber „für das bewußte Vertreten zur Partei dürften sie in den allerwenigsten Fällen ausschlaggebend sein“. Aus bloßem Klassenhaß werde eher der Mann als das Weib Sozialdemokrat, auch im Haß sei das Weib kleinlich, sie laßt Personen, nicht Gruppen.

„Und die sinnliche Befriedigung, vor allem die sexuelle Anarchie? Nun, hier klebt das Meiste Zukunftshoffnung, das Deniente wird realisiert.“

Manche Frau möge in den „Ideen der Sozialdemokratie die programmatische Rechtfertigung ihrer unsittlichen Praxis sehen“, aber wenn eine Frau so weit sei, daß ihr geschlechtliche Anarchie zur Gewohnheit geworden, dann braucht sie keine prinzipielle Sanktionierung dieses Verhaltens, überdies finde sie dann auch in der Sozialdemokratie nicht die Aufmunterung und vor allem nicht die praktische Unterstützung, die sie ersehne, denn

„Trotz der freien Liebe im Programm sind die Spitzen der Partei und erst recht die einzelnen einfachen Genossen auf diesem Gebiet noch ganz im Banne bürgerlicher Moralbegriffe, resp. sie haben die nötige Vorsicht, im praktischen Fall kein Vergnügen zu begünstigen. . . . Jedenfalls scheint mir, daß ein ganz in Sinnlichkeit und Verrohung verfunkenes Mädchen sich in den Reihen der Partei weniger wohl fühlen wird, als in Verbrechertreppen und unter Subaltern.“

Zmle schließt: „Als Kerngedanken muß ich also festhalten, daß die vertrauensverweckende Kraft, die fatalistisch überwältigende Zielsicherheit, die konkret irdisch skizzierte Zukunftserwartung der Sozialdemokratie das echt Weibliche und Mütterliche in der Arbeiterinnenseele fesselt. Andächtig lauscht die Frau dem Liebes- und Befreiungs, das männlich stark und erlösend an ihr Ohr klingt.“

Zmle hat reichlich viel Widersprüche, reichlich Ungerechtigkeiten gegen die ihr nicht unbekannt Sozialdemokratie, aber auch recht viel Neberei gegen die Auffassungen, zu der sie heute als N.-Gladbacherin verpflichtet wäre, auf engem Raum zusammenzubringen. Einmal soll die Tatsache, daß die Frau die „Hilfsbedürftigkeit im Kleinen“, also doch wohl die möglichst sofortige Besserung der Arbeiterlage, sehnlichst wünscht, sie zur Sozialdemokratie treiben, dann wieder sind es die Zukunftserwartungen der Sozialdemokratie, die das Weib faszinieren. Einmal ist die Frau einseitig, kleinlich, müßte also, wenn ihrer einseitigen, kleinlichen Auffassung nicht rasch Erfüllung wird bei der Sozialdemokratie, dieser wieder untreu werden, dann wieder läßt sie sich, ohne direkte Hilfe zu empfangen, einfallen von dem Lied der Befreiung. So viel Sätze, so viel Widersprüche. In Wirklichkeit ist's so, daß die Proletarierin begeistert den sozialistischen Zukunftshoff-

nungen anhängt, daß sie aber zur Sozialdemokratie kommt und bei ihr bleibt, weil sie weiß: hier findest du nicht nur Bertröstungen auf eine ferne Zukunft oder ein jenseitiges Leben, sondern Kampfgenossen, die alles daran setzen, dich und dich zu schützen gegen Ausplünderung durch Unternehmertum und Junkerstaat. Auch die raffinierteste religiöse Unnebelung der katholischen Frau ist keine Garantie dafür, daß sie nicht eines Tages den klaffenden Widerspruch erkennt, der zwischen Worten und Taten der frommen Zentrumsparthei herrscht, und dann kommt sie eben notgedrungen zur Sozialdemokratie.

Säuglingssterblichkeit und soziale Lage.

Zu der nicht geringen Zahl wissenschaftlicher Beiträge zur Lösung der Frage, wie das Massensterben der Kinder im ersten Lebensjahre zu erklären und am wirksamsten zu bekämpfen sei, nimmt die Arbeit von H. Ledtke „Zur Säuglingssterblichkeit in Königsberg i. Pr.“ (Separatdruck aus der „Zeitschrift für Hygiene und Infektionskrankheiten“, Verlag von Veit u. Co. in Leipzig) einen ehrenvollen Platz ein wegen des großen Freiheits, womit es den sozialen Ursachen des vielbeklagten Uebels auf den Grund geht.

Die moderne Säuglingsfürsorge, die manche Wissenschaftler schon zu wahren Dithyramben auf das nun wirklich sichtbarlich angebrochene „Jahrhundert des Kindes“ begeistert hat, beurteilt Ledtke sehr kritisch, indem er einmal darauf verweist, daß die Säuglingssterblichkeit in Deutschland noch immer 400 000 Opfer jährlich fordert, dann aber auch, indem er dem Geburtenrückgang einen nicht unerheblichen Anteil an der geringen Verminderung der Säuglingssterblichkeit einräumt. Eine Erklärung der ungenügenden Fortschritte in der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit erblickt der Verfasser in den „einander widersprechenden und darum sich in ihren Wirkungen aufhebenden Tendenzen der Säuglingsfürsorge“. Dienen die Stillstufen und Stillunterstützungen der Propaganda für die Brustnahrung, so locken die Krippen und Milchküchen eine große Zahl von Müttern an sich, die das Selbstnähren des Kindes aufgeben, um einer Erwerbsarbeit nachgehen zu können. Vor allem aber scheitert die heutige Säuglingsfürsorge zum größten Teile an dem ökonomischen Charakter des Gegenstandes, an dem unmittelbaren Zusammenhang der Säuglingssterblichkeit mit der wirtschaftlichen Notlage des Proletariats. Armut und Säuglingssterblichkeit gehen Hand in Hand. Die Kinder der Wohlhabenden kommen über alle Gefahren des Säuglingsalters hinweg, weil jede eventuelle Fürsorge getroffen wird, um sie am Leben zu erhalten. Die Kinder der Armut sterben alljährlich zu Hunderttausenden, weil die Not sie mit ihren Angehörigen in menschenunwürdige Existenzverhältnisse hineinzwingt, die einer rationalen Pflege und Ernährung die größten Schwierigkeiten in den Weg legen.

Um in seinem Teile schlüssige Beweise hierfür zu liefern, hat der Verfasser die Lebensbedingungen von 100 im August und September 1911 in Königsberg gestorbenen Säuglingen erforscht. Berücksichtigt wurden dabei nur die von Brechdurchfall oder Cholera nostras (Sommerruhr) dahingeraffteten Kinder, also die gewöhnlichsten Fälle von Säuglingssterblichkeit. Die Säuglinge lebten mit Ausnahme von 4 in rein proletarischen Verhältnissen. 68 waren ehelich, 32 unehelich Geborene. 20 der verheirateten Mütter — 29,4 Proz. — waren erwerbstätig, von den un- verheirateten, deren Notlage ja immer die schlimmste ist, gar 28 — 87,5 Proz. Viele von ihnen hatten keine genügende Ruhezeit vor der Entbindung gehabt, womit sich der schwächliche Zustand der Neugeborenen ohne weiteres erklärt. Die Erwerbsarbeit der Schwangeren schädigt das Kind im Mutterleibe um so mehr, je länger sie ausgedehnt wird. Das ist am meisten bei den unehelichen Müttern der Fall. Werden nun solche schwächlichen Kinder noch künstlich genährt, statt daß sie die ihnen einzig zuträglichste Milch der Mutterbrust erhalten, so wächst ihre Lebensgefährdung ins Ungemeine. Von den unehelichen Säuglingen der V. sehen Statistik wurde kein einziger gestillt. Nur vier unter den 100 Kindern erhielten Brustnahrung. Soziale Gründe für das Nichtstillen liegen sich bei 27 Müttern nachweisen, die entweder ihr Kind in Pflege geben mußten (uneheliche Mütter) oder durch außerhäusliche Erwerbsarbeit an der Erfüllung dieser Liebespflicht gehindert waren. Einer solchen Zwangslage gegenüber kann man mit den dürftig bemessenen Stillunterstützungen nichts anrichten. Wirtschaftliche Not hindert aber auch die nicht stillenden Mütter, die beste Säuglingsmilch zu kaufen, weil sie zu teuer ist. Wo die Armut zu Hause ist, fehlt es an hygienischen Milchfordern, an Eis zur Kühlung, an geeigneten Aufbewahrungsräumen für die Milch. Mit der Armut paart sich gewöhnlich auch die Unwissenheit, die dem Säugling bei künstlicher Ernährung so leicht zum Verhängnis wird. Diese Unwissenheit verschuldet die oft unzuverlässige Bekleidung und zu warme und schwere Bedeckung des Säuglings, die gleichfalls zu einer Ursache für mehr oder minder schwere Gesundheitsstörungen werden kann. Nur 48 mal unter 100 fand Ledtke die eigentlich Verurteilten, die Mütter, an der Wiege des Kindes. Der vielfach mangelhaften Wartung und Pflege des Säuglings im Proletarierhaushalt stellt Ledtke die musterhaften Einrichtungen in einer Säuglingsabteilung gegenüber, in der Tat, ein Kontrast, wie er scharfer nicht gedacht werden kann.

Besonders gründlich behandelt der Verfasser einen der wichtigsten Faktoren bei der Säuglingssterblichkeit, die Wohnungsfrage, in bezug auf Licht, Luft, Reinlichkeit und Wohnungsbedürftigkeit. Erst in neuerer Zeit ist der Einfluß des Wohnungsklimas auf die Säuglingssterblichkeit von ärztlicher Seite gewürdigt worden. Wenn man bedenkt, daß 94 von den 100 Wohnungen das typische Uebel proletarischer Kleinwohnungen aufwies, daß eine Lüftung und damit eine gehörige Ventilation in ihnen unmöglich war, daß die in solchen Wohnräumen herrschende Sommertemperatur den zarten Säugling schwächen muß, so ist es klar, daß jede Klein-Verdauungsstörung, die bei künstlicher Ernährung so leicht eintritt, zum Verderben werden kann. Die Säuglingssterblichkeit nimmt denn auch in der Tat zu mit der Wohnungstemperatur und Wohnungsbedürftigkeit. Das proletarische Wohnungselend aber ebenso wie die künstliche Ernährung, die zu einem erheblichen Teile mit der Zunahme der gewerblichen Frauenerwerbstätigkeit zusammenhängt, sind Folgeerscheinungen unserer ökonomischen Zustände in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, deren Seele der Profit ist. Vor ihm kapitalisiert alles. Auch die hygienische Forderung, sie mag noch so einbringlich erhoben werden, wird von ihm vergewaltigt. Profitinteresse gebietet der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit ein hartnäckiges Halt und verhindert, daß die Methoden angewandt werden, die es irgendwie verlegen könnten. Diese Wege aber, die den minder Bemittelten ein auskömmliches Dasein verschaffen und darum den Profit schmälern würden, sind die allein gangbaren, die Erfolge hätten.

Wir haben dieser tiefergehenden und ehrlichen Erkenntnis, in der der Verfasser durch seine individualistische Untersuchung bekräftigt wurde, nichts hinzuzufügen.

Frauenarbeit.

Der Zwang zur Prostitution. Gewöhnlich wird nur über die schlechte Lage der Stenogrammisten Klage erhoben; aber das gesamte Hotelpersonal muß unter so elenden Bedingungen arbeiten, daß die Eingabe gegen Entgelt von Zimmermädchen, Stüben usw. nur zu erklärlich ist. Auch die sogenannten „Saisonnellen“ während der Sommermonate in den Bade- und Kurorten des Bourgeoispublikums

machen da keine Ausnahme. Zur „Gastwirtsgehilfen“ finden sich dafür einige charakteristische Belege über das oberbayerische Bad Reichenhall. Dort heißt es: „Die Krone für die Ausbeutung gebührt ohne Zweifel der Frau Bahnhofskaffeehaus Beer; sie gibt den Zimmermädchen in den Villen „Else“ und „Lohengrin“ nicht nur keinen Lohn, sondern läßt sich noch von jedem Zimmermädchen pro Woche 44 Pf. Kassenbeitrag bezahlen; ja, Frau Beer hat sich so weit aufgeschwungen, noch 20 Mark Kautions zu verlangen; auch die eigene Wäsche müssen die Mädchen für ihre Geld wachen lassen, was beides im vorigen Jahre nicht der Fall war.“ Die Ungeheuerlichkeit, von den Angestellten die ganzen Kranken- und Invalidenbeiträge einzuziehen, läßt auch ein anderes Reichenhaller Hotelbesitzer, wie aus folgendem Briefe hervorgeht:

Bad Reichenhall, 29. 4. 13.
Fräulein . . .
In Beantwortung Ihrer Anfrage diene Ihnen folgendes zum Aufschluß: Sie haben freie Wohnung im Hause, freie Verpflegung, mit Ausnahme des Abendessens, keinen Gehalt, Sie haben täglich 1 Mark Bruchgeld und 50 Pf. für Wassermädel zu bezahlen, Krankenhaus und Invalidenversicherung ist zu Ihren Lasten. Engagement dauert bis Ende der Saison, das ist Ende September. Gegenseitige achtstägige Kündigung an jedem Tage zulässig. Kleidung schwarz oder schwarzer Rod, weiße Bluse und weiße Schürze. Sie haben die Stelle als Jahresskiererin und können bei flotter, aufmerksamer und freundlicher Bedienung auf reiches Trinkgeld rechnen.

Sie arbeiten mit noch zwei Kolleginnen zusammen und hängt natürlich gerade von dem guten Zusammenwirken sowohl für Sie als auch für mich sehr viel ab.
Ich setze von Ihnen voraus, daß sie flott rechnen können und gewandt im Bedienen sind, denn zur Zeit Ihres Eintritts ist die Saison schon in vollem Gange.

Verstehen Sie mich richtig, mein Fräulein, ich reflektiere da auf eine Skiererin, die nicht erst eine solche werden will, sondern schon ist. Wenn diese Voraussetzungen fehlen, dann bitte, lieber diesen Posten nicht anzunehmen. Ihrer umgehenden Rück-
achtungsvoll
Fr. Schiffmann.

NB. Eintritt 15. Juni.

Um die elende Entlohnung auszugleichen, werden die Frauen so gezwungen, in Erwartung einiger Groschen auch dem plumpesten, zubringlichsten Gast freundlich zu begegnen.

Die Lage der Frau in Japan ist, so berichtet S. Katakama-Tokio in Nr. 40 der „Neuen Zeit“, durch das Eindringen der Zivilisation des Westens in Japan stark beeinflusst worden. In knapp einem Jahrzehnt (1900—1908) stieg die Zahl der Mädchen in höheren Schulen von 45 900 auf 179 100, die Zahl der Abiturientinnen dieser Schule von 8600 auf 39 500. Die Frauenerwerbsarbeit zeigt ein ähnlich rasches Wachstum. 1904 waren 1,8 Proz. aller Frauen berufstätig, nach fünf Jahren (1909) bereits 2,8 Proz. Die Zahl der Fabrikarbeiterinnen stieg von 1899 bis 1909 von 269 400 auf 493 500. Die Lage der industriellen Arbeiterinnen ist eine äußerst traurige. Das Fehlen jeglichen Schutzes wird noch dadurch verschlimmert, daß die Schlafräume der Arbeiterinnen gewöhnlich innerhalb des Fabrikgebäudes liegen, das ohne Erlaubnis nicht verlassen werden darf. Die Arbeitszeit beträgt zwölf Stunden in der Tag- oder Nachtzeit; dabei findet ein Schichtwechsel nur alle zwei Wochen statt. — Ruhetage gibt es im Monat nur zwei- bis dreimal. Der in der Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit zutage tretende ökonomische Druck ergibt sich aus dem Wachstum der Prostitution. Ende 1911 zählte man 48 000 unter polizeilicher Kontrolle stehende Dirnen und 38 000 Geheiß (Zänzerinnen, die eine Art heimlicher Prostituierten darstellen). In der Stadt Tokio wuchs von 1898 bis 1909 die Zahl der überwachten und besteuerten Prostituierten von 4555 auf 5100, die der Geheiß von 2850 auf 3940. Daneben gibt es noch eine große Zahl heimlicher Dirnen.

Mutter- und Kinderschutz.

Wöchnerinnenschutz in Frankreich. Die gesamten Ausgaben des neuen Gesetzes über den Schutz von Wöchnerinnen belaufen sich auf rund 11 Millionen Frank pro Jahr. Dabon entfallen auf die Staatskasse ungefähr 5 700 000 Fr., während der Rest unter die Departements- und die Gemeinden verteilt wird. Aus diesen Mitteln können an Wöchnerinnen während der Dauer ihrer Arbeitsunfähigkeit Unterstützungen von 50 Cts. bis 1,50 Fr. pro Tag gewährt werden. Diese Unterstützung wird nach der Entbindung um 50 Cts. pro Tag erhöht, wenn die Wöchnerin ihr Kind selbst nährt. Im übrigen enthält das Gesetz nach der „Frankf. Zig.“ folgende Bestimmungen: Die Frauen, welche ihrer Niederkunft entgegensehen, können ihre Arbeit ohne Kündigung verlassen und in keinem Falle zur Zahlung einer Entschädigung für Bruch des Arbeitsverhältnisses herangezogen werden. Es ist den privaten und öffentlichen Unternehmungen jeder Art verboten, Frauen in den ersten vier Wochen nach ihrer Entbindung zu beschäftigen. Während der notwendigen Ruheperiode, die der Entbindung vorangeht und ihr unmittelbar folgt, hat jede bedürftige Wöchnerin französischer Nationalität, die regelmäßig als Lohnarbeiterin, Dienstmöde oder Angestellte beschäftigt ist, ein Anrecht auf die oben angegebene tägliche Vergütung. Vor der Entbindung hat die Geschäftlerin ein ärztliches Zeugnis beizubringen, worin bestätigt wird, daß sie nicht ohne Gefahr für sich und für ihr Kind weiterarbeiten kann. Nach der Entbindung soll die Unterstützungsperiode vier Wochen dauern, ohne daß jedoch die Gesamtperiode der Unterstützungen acht Wochen überschreiten darf. Die Unterstützungen werden nur gewährt, wenn die Wöchnerin auf jede Erwerbstätigkeit verzichtet, und hört auf, sobald nicht alle gesetzlichen Bestimmungen erfüllt werden. Die Unterstützung kann zum Teil oder auch ganz in Naturalien gegeben werden.

Ein „Kinderamt“, das dem Ministerium für Handel und Arbeit als besonderes Departement angegliedert ist, hat in den Vereinigten Staaten von Amerika seine Tätigkeit begonnen. Die Leitung wurde einer auf dem Gebiete der Kinderfürsorge bewährten Dame, Fräulein Julie Rathge aus Chicago, übertragen, die über einen großen Stab von Beamten und Beamtinnen gebietet. Nach der „Zeitschrift für Schulgesundheitspflege“ befaßt sich das Kinderamt vor allem mit der Säuglingssterblichkeit, mit den Schwankungen der Geburtsziffern, mit den Degenerationserscheinungen in manchen Volkskreisen, mit der gerichtlichen Behandlung der Jugendlichen, mit der Kinderarbeit und überhaupt allen Problemen der Jugendfürsorge im weitesten Sinne.

Literarisches.

Frauenfrage und Menschenökonomie von Rudolf Goldscheid (Schriften des Preussischen Landesvereins für Frauenstimmrecht; Verlag M. Ludwigs, Berlin-Friedenau 1913. 82 S. 0,50 M.). Die Schrift beleuchtet sehr hübsch die Bedeutung der politischen Frauenrechte für die Fortpflanzung des menschlichen Geschlechts. Unsere alten sozialistischen Forderungen auf Schutz für Gesundheit und Leben besonders der Frauen und des Nachwuchses erscheinen dabei als Folgerungen der neuen Wissenschaft von der „Menschenökonomie“. Aber während wir wissen, auf welchem Wege wir selbst diese Forderungen durchzuführen haben, begnügt sich Goldscheid mit der allgemeinen Feststellung, daß „man“ oder der „Zeitgeist“ unaufhaltsam den neuen Zielen zustrebe. Immerhin werden unsere Genossinnen in der originellen Formulierung alter Gedanken manche Anregung finden.

Todes-Anzeigen

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Droschkenführer

Albert Giamradh am 8. Juli im Alter von 50 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 12. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes, Friedhofstraße, aus statt.

Deutscher Holzarbeiterverband. Zahlstelle Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Holzer

Reinhold Rosemann Dresden Str. 134, im Alter von 62 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 12. Juli, nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Friedhofshalle in Buch aus statt.

Im rege Beteiligung ersucht 85/15 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schleifer

Wihl. Wilke (Gottfriedstraße 42) am 9. h. M. an Krebsleiden gestorben ist.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 12. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Paulus-Kirchhofes in Hildesheim aus statt.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands. Zahlstelle Lichtenberg. Den Kollegen die traurige Nachricht, daß unser Mitglied

Otto Feder im 64. Lebensjahre verstorben ist.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 12. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle in Marzahn aus statt.

Im rege Beteiligung ersucht 73/8 Die Ortsverwaltung.

Wanderfarten hält stets vorräthig Buchhandlung Vorwärts Lindenstr. 69 (Caden)

Deutscher Metallarbeiter-Verband Bezirk Moabit.

Am Sonnabend, den 12. Juli 1913, im Ausschank der Brauerei Patzenhofer, Turmstraße 24/25:

Sommerfest mit Garten-Konzert

unter Mitwirkung der Künstlerkapelle von Maximilian Fischer. Belustigungen aller Art. Kinderpolonaise. Jedes Kind erhält eine Stocklaterne und Mütze gratis. Kaffeekochen. Die Kaffeeküche ist v. 3 Uhr ab geöffnet.

Im großen Saal Tanz. Herren, die daran teilnehmen, von 9 Uhr ab: zahlen 50 Pfennig nach. Anfang 4 Uhr. 121/16 Eintritt 30 Pf.

Graumanns Festsäle und Garten Naunynstraße 27

Säle mit elektrischer farbiger Beleuchtung Sonnabende und Sonntage im August noch zu verhandeln. Sonnabend, der 13. September, freigegeben. 18302* G. Graumann, Naunynstr. 27.

Buchhandlung Vorwärts Lindenstr. 69 (Laden)

Ansichtskarten vom Riesengebirge, Harz, Sächsische Schweiz, Dresden, Berlin in reicher Auswahl Stück 5 Pf.

Monatsgarderobenhaus von Wilhelm Schnurmacher jetzt nur im Laden 108 Skalitzer Straße 108

empfiehlt sein reichhaltiges Lager in wenig getragenen sowie neuen Herren-garderoben für jede Figur passend zu sehr billigen Preisen. 112/6*

300 Mark 104/4* Anzahl. an dert. Verz. von 2000 R. an 10 W. Tour elektr. Bahn. Linie 164. Söhenhöhenhausen, Hauptstr. 17, Of. 14.

Dr. Simmel Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, Moritzplatz 10-2. 5-7. Sonntags 10-12.

Hygienische Haar-Pflege

enthaltend, welche nach Angaben des Geheimrats Professor Dr. Stahlschmidt aus den seit Jahrtausenden als heilkräftig bekannten

Aachener Thermal-Quellen

gewonnen werden. Thermal-Shampoo gesundet kranke Kopfhaut und kranke Haare und verleiht nach wenigen Waschungen eine dauernde Haarfülle. Nur auf einer gesunden Kopfhaut gedeihen die Haare und bleiben gesund. Preis pro Flasche 30 Pf. Zu haben in allen Drogeriehandlungen. Wermann & Co., Berlin-Friedenau. Tel.: Umland 3700.

Thermal-Shampoo flüssig 95% natürliche Thermal-Mineralien

mit Erut vermischt radikal Radomachers Goldgeist, ges. gesch. Nr. 75198. Geruch- u. farblos. Reinigt die Kopfhaut v. Schuppen, befreit d. Haarwuchs, verleiht Zeug von Parasiten. - Wichtig für Schalkinder. Tausende v. Anerkennungs-gem. Pl. a 050 u. 1.00 M. in Apotheken und Drogerien. Man wolle Nachahmungen zurück u. achte genau auf d. Namen:

Goldgeist!

Brauerei Friedrichshain. Jedem Dienstag- und Donnerstagnachmittag: Kaffee-frei-Vorstellung der Norddeutschen und Apollo-Sänger bei freiem Entree.

Arbeiter, jeder Handwerker, jeder praktisch arbeitende Mann

der für seine Arbeit, für seinen Beruf, besonders vorzüglich geeignete Kleidung nötig hat, kauft diese bei der bekannten Firma Kohlen & Jöring, Berlin 49. Arbeitskleidung - Berufskleidung.

Größtes Spezialgeschäft dieser Art. Hauptgeschäft: Alexanderstr. 12. Zweiggeschäfte: Rosenthaler Str. 53 - Landberger Allee 148 - Neukölln: Bergstr. 66. Welche billige Preise, erprobte solide Qualitäten, guter Sitz, richtige Wäsche, beste Verarbeitung, größte Auswahl.

B. Preussisch-Süddeutsche (229. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

1. Klasse 2. Ziehungstag 10. Juli 1913. Vormittag

Auf jede gegebene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die hofe gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 50 R. sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr u. St. A. f. B.) (Nachdruck verboten)

Table with lottery numbers and prizes. Columns include numbers like 10254, 653, 27, 754, 820, 935, 10107, 23, 177, 250, 692, 73, etc.

Theater.

Freitag, den 11. Juli 1913. Anfang 7 1/2 Uhr.

Prater. Das Bummelmädchen. Anfang 8 Uhr.

Irania. In den Dolomiten. Stoll-Cyber. Der fliegende Holländer. Schiller O. Jar und Zimmermann. Kleines. Professor Bernhardt. Berliner. Himgauer. Thalia. Supphen. Metropol. Die Kino-Königin. Wintergarten. Spezialitäten. Reichshallen. Stettiner Sänger.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Komödienhaus. Hofherrschöpfung. Bohnungen. Friedrich. Wihl. Schauspielhaus. Das Berner Mädchen. Lustspielhaus. Der lustige Kalaba. Kofe. Tagelied einer Verlorenen. Luifen. Die Hühnerd. Solies Caprice. Ein Verhoogel. Die Krampfsche.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Deutsches. Die Schiffsbrüder. Deutsches Schauspielhaus. Eine Bergangenheit. Theater am Kollendorplatz. Der Mann mit der grünen Mäde.

Anfang 9 Uhr.

Admiralplatz. Fischellett: Hirt in St. Moriz. Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.

Schiller-Theater O. (Sachse-Oper.)

Heute abends 8 Uhr: Zar und Zimmermann.

Berliner Theater.

8 Uhr: Filmzauber.

Kroll-Oper

8 Uhr: Der liegende Holländer.

Mignon.

8 Uhr: Theater am Kollendorplatz.

Täglich 8 1/2 Uhr: Variete-Vorstellung. Der Mann mit der grünen Mäde.

ROSE-THEATER

Große Kranfurter Str. 132. Ensembl.-Gastsp. Dedak-Lutz. Tagebuch einer Verlorenen.

Anfang 8 1/2 Uhr. Auf der Gartenbühne: Achtung! Es geht los! Anfang 4 1/2 Uhr.

Volgt-Theater

Badstraße 38. Freitag, den 11. Juli: Gewonnene Herzen.

Volksstück mit Gesang und Tanz in 3 Akten von S. Müller. Vollständig neue Spezialitäten. Rollenfülle 10 Uhr. Anfang 4 1/2 Uhr.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich: Großes Militär-Doppel-Konzert. Eintritt 1 Mark, von 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte

Metropol-Theater.

Abends 8 Uhr: Die Kino-Königin.

Operette in 3 Akten von Jul. Freund und G. Klousoff. Musik von Jean Gilbert. In Szene gesetzt v. Dir. Rich. Schulz.

Passage-Panoptikum

Der persische Augenfakir

in seinen sanft. Derwisch-Martern (habt u. a. mit den Augen schwere Gewichte).

3 Schwestern Liliput

die kleinste Schwester der Welt. Alles lebend! Ohne Extra-Entree!

Volksgarten-Theater.

Badstr. 8 und Bollermannstr. 20/25. Freitag, den 11. Juli: Unsere Don Juans.

Gefangnisse in 4 Akten v. E. Treptow. Daraus: Der erstickte Spezialitäten-Teil. Anfang 4 Uhr.

Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger. D. grobe Gottlieb.

Burleske von Moyal. Anf. 8 Uhr. Gastspiel der berühmten Dresdener Victoria-Sänger.

Berliner Prater-Theater

7-9 Kollonnen-Allee 7-9. Täglich: Das Bummelmädchen.

Gr. Anstaltung, in 4 Akten v. R. Dreyer. Musik von Ulrich und Schärer. Erkl. Spezialitäten-Konzert. Anfang 4 1/2 Uhr. Eintritt 35 Pf.

Neue Welt

A. Scholz, Hasenheide 108-114. Täglich: Großes Konzert und Vorstellung.

Admiralpalast

Elms. Eispalast der Welt mit prunkvollen Eisalbetten. Angenehm kühler Aufenthalt. Allabendlich: Flirt in St. Moritz.

Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr halbe Kassenpreise.